8. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Dezember 1982, 9.30 Uhr
in München

Geschäftliches 261, 265, 266, 267, 270, 274, 286

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Rothemund, Hiersemann, Klasen u. Frakt. betr. **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung aller landespolitisch bedeutsamen Gesichtspunkte bislang bekannt gewordener Verhaltensweisen und Kenntnisse des langjährigen Leiters der Abteilung Staatsschutz Dr. Langemann sowie das Vorgehen der Mitglieder der Staatsregierung, insbesondere der jeweiligen Dienstvorgesetzten Dr. Langemanns, in dieser Angelegenheit (Drs. 10/13)**

Dr. Wiesheu (CSU) 261, 262, 264, 265, 271
Dr. Rothemund (SPD) 262, 263, 264, 265, 270, 271
Staatssekretär Dr. Stoiber 263
Tandler (CSU) 264, 267
Hiersemann (SPD) 265, 268, 269, 271
Dr. Beckstein (CSU) 266, 269, 270
Klasen (SPD) 267, 269
Frau König (SPD) 267

Zurückverweisung an den Geschäftsordnungsausschuß 271

Dringlichkeitsantrag des Abg. Dr. Rothemund u. Frakt. betr. **Behandlung von Haushaltsvorlagen (Drs. 10/71)**

Beschlußempfehlung des Geschäftsordnungsausschusses (Drs. 10/86)

Frau.König (SPD) Berichterstatter 271
Loew (SPD) 272
Gastinger (CSU) 274, 275
Frau König (SPD) 275
Wengenmeier (CSU) 275

Beschluß 276

Wahl von nichtberufsrichterlichen Mitgliedern und Stellvertretern des Bayer. Verfassungsgerichtshofs

Beschluß 276

Neuwahl eines berufsrichterlichen Mitglieds des Bayer. Verfassungsgerichtshofs

Beschluß 277

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Rothemund, Dr. Seebauer, Dorsch, Langenberger u. Frakt. **Verkauf der Firma Grundig an Thomson-Brandt (Drs. 10/112)**

Dorsch (SPD) 277
Staatssekretär Dr. Frhr. von Waldenfels 277

Beschluß 278

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Rothemund, Karl Heinz Müller, Burkei u. Frakt. betr. **Mietrechtsänderungsgesetz (Drs. 10/110)**

Frau Burkei (SPD) 278
Dr. Matschl (CSU) 280
von Heckel (SPD) 281
Karl Heinz Müller (SPD) 282
Karl Schön (CSU) 283
Warnecke (SPD) 284
Beschluß 284

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Rothemund, Karl Heinz Müller u. Frakt. betr. **Fortschreibung des 1. Bayer. Landesplanes für psychisch Kranke und psychisch Behinderte (Drs. 10/111)**

Beschluß 284

Mitteilung betr. Ausschußumbesetzung 284

Wünsche zum Jahreswechsel

Präsident Dr. Heubl 284
Wolf (SPD) 285
Ministerpräsident Dr. Strauß 285

Beginn der Sitzung: 09 Uhr 31 Minuten

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen, meine Herren! Ich eröffne die achte Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks sowie das ZDF haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Ich rufe auf Punkt 4 der Tagesordnung:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Rothemund, Hiersemann, Klasen und Fraktion betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung aller landespolitisch bedeutsamen Gesichtspunkte bislang bekannt gewordener Verhaltensweisen und Kenntnisse des langjährigen Leiters der Abteilung Staatsschutz Dr. Langemann sowie das Vorgehen der Mitglieder der Staatsregierung, insbesondere der jeweiligen Dienstvorgesetzten Dr. Langemanns, in dieser Angelegenheit (Drucksache 10/13)

Darf ich fragen, wer sich zu Wort meldet. — Der Abgeordnete Dr. Wiesheu.

Dr. Wiesheu (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Namens der CSU-Fraktion stelle ich den Antrag, daß die Beratung über diesen Punkt an den Geschäftsordnungsausschuß zurückverwiesen wird mit der Maßgabe, daß das Untersuchungsthema um die Problempunkte erweitert wird, wie sie gestern in der Zeitschrift "Bunte" aufgeführt wurden.

(Dr. Wiesheu [CSU])

Ich schließe nicht aus, das möchte ich anfügen, daß im Rahmen der prozessualen Auseinandersetzung jetzt noch Punkte auftauchen können, die thematisch durchaus im Untersuchungsthema berücksichtigt werden können und müssen. Deshalb sollte abgewartet werden, wie der Formulierungsvorschlag für die Erweiterung des Untersuchungsthemas, den unser Kollege Hundhammer vorschlagen wird, aussieht, dies dann im Geschäftsausschuß beraten und der Untersuchungsausschuß bei der nächsten Gelegenheit, sprich: bei der nächsten Plenarsitzung eingesetzt werden. Das ist unser Antrag. Ich hoffe, daß Sie sich dem anschließen können. Danke!

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Rothemund.

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben natürlich keine Erinnerung dagegen, daß der Antrag an den Geschäftsausschuß zurückverwiesen wird. Ich kündige jedoch bereits jetzt an, daß wir einen eigenen Antrag einbringen werden mit dem Ziel, den Sachverhalt, der in der Zeitschrift "Bunte" dargestellt worden ist, durch einen Untersuchungsausschuß aufzuklären. Das schließt die Behauptungen, die angeblich Herr Heigl gegenüber Mitarbeitern von uns, bezogen auf das Schweizer Nummernkonto, aufgestellt hat, und natürlich auch andere Vorgänge ein.

(Lachen bei der CSU)

— Ich weiß nicht, warum Sie, meine Damen und Herren, meine Feststellung in dieser Weise meinen beantworten zu müssen.

(Abg. Möslein: Über alte Hüte lachen wir immer! — Weitere Zurufe von der CSU)

Das Thema ist viel zu ernst, als daß Sie sich so verhalten können.

Wir werden also einen eigenen Untersuchungsausschuß beantragen. Wir halten dies für zweckmäßiger und vernünftiger, als den Geschäftsausschuß zurückzuführen, der sich auf den Fall Langemann bezieht, in diesem Sinne zu erweitern. Ich gehe davon aus, daß im Geschäftsausschuß gemeinsam über die dann gemachten Vorschläge, nämlich den Ihren auf Erweiterung und den unseren auf Einsetzung eines eigenen Untersuchungsausschusses, beraten werden wird.

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Wiesheu.

Dr. Wiesheu (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte an diesen Vortrag des Herrn Rothemund nur eine Bemerkung anschließen.

(Zurufe von der SPD:
Ist das zur Geschäftsordnung?)

Ich gebe Ihnen noch eine Empfehlung für Ihre Beratungen mit, zu dem, was Herr Rothemund gerade angeschnitten hat, nämlich die Empfehlung, daß es erstens schon blamabel war, wenn Herr Plaß mit der Ausrede kommt, er habe in der Sache HS 30 mit Herrn Heigl Kontakt aufgenommen.

(Zurufe von der SPD)

Zweitens sollen Sie auch wissen, daß dieses Thema längst ausgeleiert, abgemagert, erledigt ist durch entsprechende Untersuchungsausschüsse, ich glaube sogar, durch gerichtliche Verfahren. Der Kriegsschauplatz ist in diesem Punkt so sehr geräumt, daß tatsächlich auch Sie nichts werden finden können. Das ist alles längst erledigt. Sie können das in entsprechenden Veröffentlichungen des

"Spiegel" auch nachlesen. Ich empfehle Ihnen: Wenn Sie schon Entlastungsangriffe starten wollen, meine Damen und Herren von der SPD, dann nicht auf diese dümmliche Art und Weise.

(Starker, langanhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Rothemund.

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist immer wieder ein überraschendes Erlebnis, daß eine so belanglose Erklärung wie die des Herrn Kollegen Wiesheu so viel Beifall findet.

(Lachen bei der CSU - Beifall bei der SPD)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ich Ihnen auch sage, worum es uns geht,

(Abg. Dr. Wiesheu: Ja, ja! — Weitere Zurufe von der CSU)

lassen Sie mich die Formulierung vorlesen, die bei uns als Entwurferarbeitet worden ist und über die natürlich, da wir keine Zeit hatten, die Fraktion letzten Endes noch befinden muß.

Uns geht es zunächst einmal darum, daß dieser Untersuchungsausschuß nachzuprüfen hat, ob die in der Ausgabe 51/82 der Zeitschrift "Bunte" erhobenen Behauptungen zutreffend sind. Es geht uns aber auch darum nachzuprüfen, ob es zutreffend ist, daß Herr Heigl gegenüber Herrn Plaß behauptet hat, er habe Originalunterlagen über ein Schweizer Nummernkonto, auf das von Firmen, die beim Bau des Schützenpanzers beteiligt gewesen sind, Zahlungen geleistet wurden.

(Zurufe der Abg. Dr. Wilhelm und anderer)

Es ist uns auch wichtig festzustellen, ob Herr Heigl Kontakte zu Journalisten zum Zwecke des Verkaufs dieser Unterlagen aufgenommen hat.

Wir wollen aber darüber hinaus noch einige andere Fragen klären, so z.B. die, worauf es denn zurückzuführen ist, daß sich Herr Heigl neuerdings anscheinend ungehindert auf dem Gebiet des Freistaats Bayern bewegen kann, während er in der Vergangenheit um freies Geleit gebeten hatte, weil er offensichtlich mit seiner Verhaftung rechnete,

(Zuruf von der SPD: Darschau her!)

ein interessanter Vorgang. Es muß einmal aufgeklärt werden, was sich inzwischen geändert hat.

(Lebhafter Beifall von der SPD — Zurufe des Abg. Wenigenmeier)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen natürlich auch, weil schon von Gesprächen mit Heigl im Zusammenhang mit dem in der Zeitschrift "Bunte" dargestellten Sachverhalt die Rede davon ist, die Frage geklärt wissen, ob es z.B. zutreffend sei, daß der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Langemann, Herr Dr. Hundhammer, sich mit dem Sozius des Rechtsanwalts des Herrn Heigl getroffen hat, um weitere Informationen in der Langemann-Affäre zu erhalten.

(Abg. Niedermayer: Ihr braucht ihn ja nur zu fragen!)

(Dr. Rothemund [SPD])

Es gibt also über den Sachverhalt hinaus, den Sie meinen aufklären zu sollen — wir wollen dies auch —, noch weitere Sachverhalte, die wir in diesem Zusammenhang aufgeklärt wissen möchten.

(Zuruf des Abg. Dr. Wiesheu)

Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Man kann endlos darüber streiten, ob man das in der einen oder in der anderen Form macht. Nur, ich meine, letzten Endes ist es zweckmäßig, den Langemann-Untersuchungsausschuß, der ein abgegrenztes, klares Thema hat, weiterzuführen und diesen zusätzlichen Sachverhalt in einem eigenen dafür eingesetzten Untersuchungsausschuß zu behandeln.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich kann mir natürlich denken, daß Sie ein anderes Motiv haben,

(Abg. Dr. Beckstein: ... Sachzusammenhang!)

daß Sie den Untersuchungsausschuß erweitern wollen in der Absicht, damit den Kollegen Karl Heinz Hiersemann aus dem Langemann-Ausschuß herauszuschmeißen.

(Heftiger Widerspruch bei der CSU —
Abg. Möslein: Wir regen uns nicht auf!)

Wenn es nicht Ihre Absicht sein sollte, den Herrn Kollegen Hiersemann aus dem Langemann-Untersuchungsausschuß herauszuschmeißen, könnten Sie der von uns vorgeschlagenen Regelung durchaus zustimmen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Stoiber!

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Staatssekretär Dr. Stoiber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu den Ausführungen des Kollegen Dr. Rothemund eine kurze Bemerkung machen. Im Mittelpunkt der eidesstattlichen Erklärung von Herrn Plaß steht unter anderem auch — ich sage nicht, daß er sie erhoben hat — eine uralte, verleumderische Behauptung gegenüber dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß bzw. seiner Frau. Diese verleumderische Behauptung ist so uralte, daß es bereits mehrere Verfahren darüber gegeben hat, unter anderem auch einen Untersuchungsausschuß im Deutschen Bundestag im Zusammenhang mit HS 30. Sie ist so ausgetreten, Herr Rothemund, daß nicht einmal der "Anachronistische Zug", der im letzten Bundestagswahlkampf ein Sammelsurium verleumderischer Behauptungen aufgestellt hat, diese Behauptung in den Bundestagswahlkampf eingebracht hat.

Jetzt ist es Ihre Leistung, mit der Forderung nach einem Untersuchungsausschuß eine verleumderische Behauptung uralten Geblüts, an der nichts war und ist, wieder in den Mittelpunkt zu rücken, um von Dingen abzulenken, um die sich der Untersuchungsausschuß eigentlich kümmern sollte.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Taktik ist erkennbar. Es wird Ihnen jedoch nicht gelingen, von den Dingen, die uns alle miteinander interessieren sollten, abzulenken. Das, was die "Bunte" hier aufzudecken

versucht hat, wollen wir jetzt dahingehend aufklären, ob etwas dran ist oder nicht. Herr Dr. Rothemund, es wird Ihnen nicht gelingen, das Interesse, das wir alle miteinander haben — Sie vielleicht weniger als wir —, mit Uralt-Verleumdungen zu vernebeln und den Landtag mit Dingen zu belästigen, mit denen er sich an sich nicht beschäftigen sollte.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat Herr Kollege Dr. Rothemund!

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, daß die Staatsregierung sich bei einer Debatte über die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Wort meldet. Ich kann mich nicht erinnern, daß das in der Vergangenheit in dieser Weise geschehen ist.

(Widerspruch seitens der CSU)

Aber, Herr Staatssekretär Stoiber, man sollte, bevor man sich zu Wort meldet, zuerst einmal dem zuhören, zu dessen Ausführungen man Stellung nehmen will.

(Abg. Wengenmeier: Wir haben genau zugehört!)

Wenn Sie zugehört hätten, wüßten Sie, daß ich erklärt habe: Wir wollen die Behauptung aufklären, die Herr Heigl aufgestellt haben soll, er besitze Unterlagen — ich habe das vorhin gekennzeichnet — über ein Nummernkonto in der Schweiz. Wir wollen aufklären, ob er dies gegenüber Herrn Plaß gesagt hat und ob er dieshalb Verhandlungen oder Gespräche mit Journalisten geführt hat. Das ist der Kern dessen, was wir aufklären wollen.

(Abg. Dr. Beckstein: Fragen Sie doch Herrn Plaß!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem, was wir wissen, ist die Frage zu stellen, ob diejenigen, die hier Gespräche mit Herrn Heigl geführt haben und offenkundig zu diesem Zweck nach München gereist sind, dies ohne jeden Grund getan haben.

Mit diesen Fragen, die wir zusätzlich einbringen wollen, wollen wir deutlich machen, warum unser Mitarbeiter, Herr Plaß, überhaupt Gespräche mit Herrn Heigl geführt hat.

(Abg. Dr. Wiesheu: Verwischung! Geh' weiter!)

— Ja natürlich! Sie müssen uns doch zugestehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir der Behauptung nachgehen müssen, wonach Mitarbeiter vom "stern" und "Spiegel" sich mit Herrn Heigl in Verbindung gesetzt haben sollen.

(Abg. Dr. Beckstein: Sie können den Herrn Plaß doch selbst fragen! Das brauchen Sie ihn doch nicht vor einem Untersuchungsausschuß zu fragen!)

— Also, ich weiß nicht, warum Sie gerade wegen dieses Punktes meinen, sich besonders aufregen zu sollen!

(Abg. Möslein: Wir regen uns nicht auf!)

Wenn das alles schon geklärt ist, wie Sie behaupten, ist diese Aufregung fehl am Platze.

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wiesheu?

Dr. Rothemund (SPD): Bitte, Herr Kollege!

Dr. Wiesheu (CSU): Herr Kollege Rothemund, ist das, was Sie eben vorbringen, zur Zeit tatsächlich Ihre Hauptsorge?

(Heiterkeit bei der CSU)

Dr. Rothemund (SPD): Herr Kollege Wiesheu, ich kann natürlich nicht behaupten, daß dies meine Hauptsorge sei.

(Abg. Wünsche: Sie erwecken aber den Eindruck!)

Dies ist aber einer von mehreren Punkten.

(Abg. Möslein: Und zwar der nebensächlichste!)

Aber einer Ihrer Hauptsorgen scheint zu sein, daß über diesen Vorgang überhaupt nicht geredet wird!

(Beifall bei der SPD)

Aus der Sicht meiner Fraktion muß ich sagen: Diese insgesamt vier, fünf Punkte stehen nebeneinander. Sie sind aufklärungsbedürftig.

(Oh! bei der CSU)

— Ja freilich. Aus diesem Grunde werden wir diesen Untersuchungsausschußantrag einbringen. Wenn Sie nicht wollen, daß dieser Untersuchungsausschuß als eigener Ausschuß eingesetzt wird, bleibe ich dabei: Das Motiv dafür ist nicht sachbezogen, sondern in Wirklichkeit personenbezogen. Sie wollen jemanden aus dem Untersuchungsausschuß Langemann hinausdrängen, der Ihnen, wie Sie wissen, in der Vergangenheit durch seine Arbeit mehr Schwierigkeiten gemacht hat als irgendein anderer. Es geht Ihnen darum, den Herrn Kollegen Hiersemann herauszuschießen. Wenn Sie ehrlich wären, würden Sie das zugeben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tandler!

Tandler (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Rothemund, wenn Ihre Motive nicht so vordergründig wären, könnte man vielleicht das, was Sie hier vorbringen, glauben. Aber HS 30 und das, was in diesem Zusammenhang hier vorgetragen wurde, interessiert doch überhaupt nicht! Sie wollen Staub aufwirbeln, Sie wollen eine Verleumdungskampagne neuen Stils inszenieren; das ist das einzige, was Ihnen einfällt.

Wir haben gegen eine weitere Untersuchung nichts einzuwenden, absolut-nichts. Ganz klar, wir werden dem zustimmen!

(Abg. Karl Heinz Müller: Auf geht's!)

Ganz selbstverständlich; wir haben nichts zu verbergen. Ich sage Ihnen nur eines — darüber sollten Sie in Ihrer Fraktion nachdenken —: Angesichts der in der "Bunten" geschilderten möglichen Vorgänge ist es schon mehr als eine Frage des Geschmacks, ob Herr Kollege Hiersemann noch in diesem Untersuchungsausschuß bleibt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ob Sie mir glauben, was ich noch hinzufüge, oder nicht, muß ich Ihnen überlassen: Ich habe eine gewisse Erfahrung, wie es einem geht, wenn man in Dinge hineingezogen wird, mit denen man persönlich gar nichts zu tun hat.

(Abg. Karl Heinz Müller: Wir glauben es!
— Abg. Klasen: Haben Sie deswegen Ihr Ministeramt abgelegt?)

Insofern kann ich verstehen, daß Herr Kollege Hiersemann — wenn er mit den Dingen, die geschildert wurden, nichts zu tun hat — empört ist über die Wertungen, die ich gestern hier gegeben habe.

Hiersemanns weitere Teilnahme am Untersuchungsausschuß wäre dann genauso sinnvoll und geschmackvoll, als wenn ich als Fraktionsvorsitzender der CSU in den Untersuchungsausschuß ginge.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat Herr Kollege Dr. Rothemund.

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Hiersemann hat gestern eindeutige Erklärungen für seine Person abgegeben,

(Zuruf von der CSU: Wenn sie wahr sind! —
Abg. Wengenmeier: Sie müssen nicht glauben, was er gesagt hat!)

aus denen sich ergibt, daß die Vorwürfe, die ihm von der "Bunten" gemacht worden sind, nicht zutreffen.

(Zurufe von der CSU: Das sagen Sie!)

Das ist für uns eindeutig und insoweit geklärt, und wir haben keine Veranlassung, den Kollegen Hiersemann daran zu hindern, an der Aufklärung des Falles Langemann mitzuwirken.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch der Gipfel!)

Unabhängig davon läuft der eigene Untersuchungsausschuß zum Thema

(Abg. Möslein: Hiersemann! — Abg. Wengenmeier:
Zum Thema Langemann und Hiersemann! — Abg. Klasen:
Und Hundhammer
und Strauß!)

Beschuldigungen der Illustrierten "Bunte". — Sie sollten sich ein bißchen zurückhalten!

Das, was am Schluß stehen wird, wenn der Untersuchungsausschuß über dieses Thema durchgeführt wird, wird wahrscheinlich nicht unbedingt in Ihrem Interesse liegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Abg. Wengenmeier: Man soll das Ergebnis nicht vorwegnehmen! — Abg. Leeb: Der redet wie das Orakel von Delphi! — Abg. Kluger: Nur unpräziser!)

auch wenn Sie solche Hoffnungen jetzt hegen.

Ich hatte erwartet, daß Sie, wenn Sie sich schon zum Thema Untersuchungsausschuß melden, nur noch ein Wort zu dem sagen, was Sie gestern geäußert haben. Es war für uns überraschend und für Ihre Fraktion

(Abg. Frhr. von Truchseß: Peinlich!)

eher peinlich, daß Sie gestern nicht bereit gewesen sind, an der Sitzung des Ältestenrates teilzunehmen.

(Abg. Kamm: Das stimmt!)

Hätten Sie daran teilgenommen, hätte eine Chance bestanden, den Vorgang beizulegen.

(Dr. Rothemund [SPD])

(Abg. Wengenmeier: Jetzt kommt der Herr Oberlehrer zum Durchbruch!)

Sie sind dem bewußt ausgewichen. Ich muß Ihnen sagen: Wenn Sie nicht wollen, daß das Klima in diesem Hohen Haus total vergiftet wird,

(Lebhafte Unruhe bei der CSU —
Abg. Dr. Wilhelm: Das macht ja Ihr!)

dann nehmen Sie Ausdrücke wie "Lumpen" und "Pharisäer" heute noch zurück!

(Starker Beifall bei der SPD —
Lebhafte Unruhe bei der CSU)

Das kann bei Gott von Ihnen erwartet werden; denn in dieser Art und Weise sind Mitglieder dieses Hohen Hauses noch niemals beleidigt worden, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der SPD)

Das läßt sich nicht mit der Bemerkung wegschaufeln: Wenn ich Sie beleidigt haben sollte, dann bedauere ich dies. Das bedeutet nämlich in Wirklichkeit, daß man der Beleidigung noch eins oben draufsetzt, sehr verehrter Herr Kollege Tandler!

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Hundhammer:
Sie sind aber im Entschuldigen auch nicht gerade ein Meister! — Beifall bei der CSU)

— Herr Kollege Dr. Hundhammer, mir geht es nicht darum, daß sich der Herr Kollege Tandler entschuldigt. Mir geht es vielmehr darum, daß er diese ungeheuerlichen Behauptungen zurücknimmt; denn in Wirklichkeit betreibt er mit solchen Äußerungen eine Vorverurteilung des Herrn Kollegen Hiersemann.

(Beifall bei der SPD —
Widerspruch bei der CSU)

Diese Äußerung ist nur denkbar, wenn Herr Tandler damit zum Ausdruck bringen wollte, daß er den Sachverhalt, wie ihn die "Bunte" dargestellt hat, für richtig und zutreffend hält. Sonst sind Ihre Äußerungen nicht denkbar, Herr Kollege Tandler!

(Zuruf des Abg. Frhr. von Truchseß)

Sie haben immer noch die Chance, dazu beizutragen, daß das Klima in diesem Hohen Hause, das in der Vergangenheit jedenfalls immer so war, daß eine gemeinsame Arbeit möglich war, nicht so vergiftet bleibt, wie es durch Ihre gestrigen Äußerungen inzwischen geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Wiesheu!

Dr. Wiesheu (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich bin durchaus der Meinung, daß sich die Teilnahme des Herrn Kollegen Hiersemann an einem erweiterten Untersuchungsausschuß nicht mehr mit vernünftigen Regelungen deckt. Man kann nicht Angeklagter und Richter sein.

(Abg. Dr. Rothemund: Das ist richtig!)

Wenn Sie das so wollen, Herr Kollege Rothemund, werden

wir uns überlegen, ob wir nicht einen eigenen Untersuchungsausschuß "Hiersemann" installieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rothemund?

Dr. Wiesheu (CSU): Ja.

Dr. Rothemund (SPD): Herr Kollege Dr. Wiesheu, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen — damit sage ich nichts anderes als vorhin —, daß selbstverständlich bei Erweiterung des Untersuchungsthemas "Langemann" in dem von Ihnen beantragten Sinne Kollege Hiersemann nicht mehr Mitglied des Untersuchungsausschusses sein kann, weswegen ich auch die Schlußfolgerung gezogen habe, daß Sie eben durch die Erweiterung des Untersuchungsthemas nichts anderes erreichen wollen, als Herrn Hiersemann hinauszukatapultieren, während umgekehrt bei einem eigenen Untersuchungsausschuß die eben genannte Konsequenz in keiner Weise stattfinden müßte?

Dr. Wiesheu (CSU): Herr Kollege Dr. Rothemund, das ist eine Schlußfolgerung, die ich als Unterstellung bezeichnen muß, weil die genannten Themen sachlich zusammengehören, was die Zeugen betrifft, zusammengehören und damit von der Behandlung her zusammengehören. Deswegen ist die Schlußfolgerung falsch.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem bin ich immer noch der Meinung, daß man mit dem parlamentarischen Instrument "Untersuchungsausschuß" etwas vorsichtiger umgehen soll. Man soll eine Waffe nicht so oft gebrauchen, um sie nicht stumpf zu machen. Wenn Sie das Thema "HS 30" in einem gesonderten Untersuchungsausschuß behandeln wollen, dann gehen Sie nach meiner Überzeugung mit diesem Instrument leichtfertig um.

Sie kritisieren die Äußerung des CSU-Fraktionsvorsitzenden Tandler, die er gestern gegenüber einem Pressevertreter gemacht hat. Es wäre glaubwürdiger, Herr Kollege Rothemund, wenn Sie zugleich die Äußerung des Kollegen Hiersemann, nämlich den Begriff "Kloakenpolitiker", genauso kritisieren würden.

(Abg. Dr. Rothemund: Das hat er doch gestern zurückgenommen!)

Wenn Sie im Austeilen so empfindlich wären, wie Sie es im Einstecken sind, dann wäre Ihre Haltung glaubwürdiger. Wenn man aber so auftritt, wie Sie aufgetreten sind, dann rechtfertigen Sie den Vorwurf "Pharisäer".

(Beifall bei der CSU —
Abg. Klasen: Herr Präsident!)

Präsident Dr. Heubl: Ich weise den Ausdruck als unparlamentarisch zurück, Herr Kollege! Es ist ganz klar, daß so etwas nicht geht.

(Unruhe bei der CSU)

Das Wort hat der Herr Kollege Hiersemann!

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich in dieser Geschichte nicht zu Wort melden.

(Zurufe von der CSU: Das wäre besser gewesen!)

(Hiersemann [SPD])

— Sie werden sich schon überlegen müssen, was Sie wollen; denn Herr Kollege Dr. Wilhelm hat mich ständig aufgefordert, endlich auch etwas zu sagen. Genau das will ich jetzt tun.

In dem Artikel in der Illustrierten "Bunte" sind in meine Richtung zwei Vorwürfe enthalten: Erstens ein Telefongespräch mit Herrn Heigl, bei dem ich versucht haben soll, ihn zu bewegen, seine Vernehmung hinauszuzögern. Zweitens, er habe Dokumente geheimer Art mit meinem Wissen bzw. mit meiner Billigung erhalten.

(Abg. Dr. Beckstein: Und drittens?)

— Nicht drittens!

(Abg. Dr. Beckstein: Weitergabe der geheimen Dokumente an Herrn Plaß!)

— Ach geh'n's! Das ist doch nicht im "Bunte"-Artikel enthalten, Herr Dr. Beckstein! Müssen Sie auch noch als Brunnenvergifter übelster Art auftreten?

(Empörung bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege Hiersemann, das muß ich zurückweisen. Dieser Ausdruck ist so nicht akzeptabel.

Hiersemann (SPD): Herr Kollege Dr. Beckstein, wo ist von irgendjemandem behauptet worden, ich hätte geheime Dokumente an Herrn Plaß weitergegeben? Das müssen Sie mir sagen!

(Abg. Nätscher: Woher hat er das dann?)

Ich habe gestern meine eidesstattliche Versicherung gelesen, daß beide Vorwürfe nicht zutreffend sind. Soll es neuer Stil in diesem Hause sein, daß eine definitive Äußerung, wie ich sie gemacht habe, untermauert durch eine eidesstattliche Erklärung, die heute bei Gericht eingereicht wird, bezweifelt wird? Sie dürfen mir glauben — allein durch meinen Beruf —, daß ich weiß, was eine eidesstattliche Erklärung bedeutet. Soll es in diesem Hohen Hause neuer Stil werden, daß man trotzdem behaupten kann, dies stimme so nicht?

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Beckstein? —

Dr. Beckstein (CSU): Herr Kollege Hiersemann, mir geht es nicht um irgendwelche Vorverurteilungen. Vielmehr möchte ich nur darlegen, daß mein Zwischenruf nicht etwa aus der Luft gegriffen ist. Darf ich deshalb an eine Passage im "Bunte"-Artikel erinnern, die wie folgt lautet:

Nach seiner Darstellung sind ihm von seiten der SPD-Opposition im Bayerischen Landtag bündelweise geheime Unterlagen aus dem Langemann-Ausschuß angeboten und auch zugänglich gemacht worden. Heigl nennt auch Namen von Personen, die sich direkt und indirekt um ihn bemüht haben:

Dann folgen zwei Namen. Halten Sie es denn bei dieser Sachlage nicht für verständlich,

(Zuruf von der SPD: Was heißt Sachlage? Das ist eine Behauptung!)

daß man daraus noch einen dritten Vorwurf entnehmen kann? Mehr nicht.

(Beifall bei der CSU)

Hiersemann (SPD): Herr Dr. Beckstein, das, was Sie hier zitiert haben, habe ich natürlich auch gelesen. Dort wird aber mit keinem Wort behauptet, daß ich weitergegeben hätte; weder an Herrn Heigl noch an Herrn Plaß. Wenn es Sie beruhigen sollte, dann erkläre ich hier unmißverständlich, daß ich auch keine Dokumente an Herrn Plaß weitergegeben habe. Wenn Sie das beruhigen sollte.

(Zurufe von der CSU: Wo hat er es dann her?)

Wenn es Sie beruhigen sollte.

(Zuruf von der CSU: Wo hat der Plaß die Sachen denn dann her?)

— Das können Sie ja im Untersuchungsausschuß klären. Ich gehe aber nun einmal davon aus, daß wir in diesem Hause so miteinander umgehen, wie es sich gehört, und einem eine solche Erklärung abgenommen wird. Sie werden erleben, daß diese Erklärung sowohl im einstweiligen Verfügungsverfahren, im Hauptsacheverfahren als auch im Untersuchungsausschuß erhärtet wird. Es wird davon nichts zurückbleiben, Herr Kollege Dr. Beckstein, falls Sie das beruhigen sollte. Das werden Sie erleben.

Im übrigen sollten Sie wissen, daß das nicht mein erster, sondern mein vierter Untersuchungsausschuß ist, an dem ich als stellvertretender Vorsitzender teilnehme. In jedem dieser Untersuchungsausschüsse hatte ich mit vertraulichen und geheimen Dingen zu tun. Sie sollten sich deshalb auch einmal überlegen, ob Sie je Anlaß hatten, an meinem Umgang mit geheimen Dingen irgendwelche Zweifel anzumelden. Das sollten sie sich einmal überlegen.

Ich kenne Äußerungen z.B. auch des Kollegen Dr. Hundhammer, der dies während der Arbeit des Untersuchungsausschusses unmißverständlich klargestellt hat. Bitte denken Sie darüber nach und lassen Sie dann auch diesen Stil hier.

Nächster Punkt HS 30. Es wurde gesagt, hier sollen lauter alte Sachen aufgewärmt werden. Nein, darum geht es gar nicht. Vielmehr geht es um eine Behauptung im "Bunte"-Artikel, wonach sich Herr Plaß mit Herrn Heigl getroffen habe, um Dokumente weiterzugeben. Tatsächlich wahr ist aber, daß sich Herr Plaß mit Herrn Heigl getroffen hat, weil Herr Heigl ihm Unterlagen hinsichtlich dieses Nummernkontos geben wollte. Dies war die Äußerung Heigl. Um nachzuweisen, daß dies keine Phantasieausgeburt des Herrn Plaß ist, sind hier die Journalisten des "Spiegel" und des "stern" mit benannt. Sie müssen mir erklären, warum ein Chefredakteur des "stern" zusammen mit vier Journalisten nach München reist und sich im Hotel "Vier Jahreszeiten" mit Herrn Heigl in dieser Sache treffen will. Das müssen Sie mir erklären.

(Abg. Dr. Wiesheu: Wann? Wann?)

Genau in dieser Sache, um das Angebot des Herrn Heigl wahrzunehmen und dieses Material aufkaufen zu können. Das werden wir ja im Untersuchungsausschuß klären, Herr Wiesheu.

Noch ein letzter Punkt: Sie haben gefragt, mit welchem Recht wir vom Kollegen Tandler die Zurücknahme seiner Äußerungen verlangen, nachdem ich doch selbst gesagt hätte, dies sei der Stil eines "Kloakenpolitikers". Herr Kollege Dr. Wiesheu, ich kenne die Kommunikation in Ihrer Fraktion nicht, die anscheinend aber nicht sehr gut funktioniert. Ich habe nämlich gestern im Ältestenrat — fragen Sie Ihre Kollegen — dies ausdrücklich bedauert, zurückgenommen und mich entschuldigt. Herr Kollege Tandler, wir warten auf Sie.

(Starker und anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tandler.

Tandler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Bemerkungen! Herr Dr. Rothemund, Sie haben gestern im Ältestenrat gesagt, ich hätte den "Bunte"-Artikel einen Tag vor seinem Erscheinen gekannt. Das ist nicht richtig, das stimmt nicht. Ich habe zwar gehört, daß es zu diesem Thema einen Artikel geben soll, aber ich habe den Artikel als solchen nicht gekannt. Daß es einen solchen Artikel gibt, ist mir am Tag vorher gesagt worden. Dies habe ich Herrn Dr. Rothemund gestern morgen, 15. Dezember 1982, selbst gesagt.

(Abg. Dr. Rothemund: Dann habe ich das falsch verstanden!)

Doch. Hier habe ich es Ihnen gesagt. Hier sind Sie gestanden.

(Abg. Dr. Rothemund: Dann habe ich Sie falsch verstanden!)

Ich habe gar kein Geheimnis daraus gemacht.

Der Artikel, den ich hier gemeinsam mit dem Kollegen Dr. Gebhard Glück gelesen habe, enthält eine für mich plausible Darstellung, wie es möglich gewesen sein konnte, daß die geheimen Dokumente an die Öffentlichkeit gelangt sind. Das ist doch auch tatsächlich geschehen. Diese Dokumente sind doch an die Öffentlichkeit gelangt. Im Rahmen dieser Diskussion kann doch nicht die Tatsache geleugnet werden, daß geheime Dokumente aus dem Untersuchungsausschuß in die Öffentlichkeit gelangt sind und im Wahlkampf systematisch gegen mich, die Staatsregierung und die CSU verwendet wurden. Das ist doch Tatsache, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der CSU)

Deswegen habe ich gestern auch ausgeführt, man möge doch verstehen, daß ich in meiner Erregung über diese Dinge solche Bemerkungen gemacht habe. Weiterhin habe ich gesagt, wenn sich der Herr Kollege Hiersemann durch meine Äußerungen beleidigt fühlen sollte, würde ich sehr bedauern, diese Äußerungen gemacht zu haben. Das steht im Protokoll des Hauses. Ich kann es Ihnen vorlesen, wenn es mir jemand zur Verfügung stellt. Und jetzt sage ich Ihnen noch folgendes, Herr Dr. Rothemund: Hinweise Ihrer Seite auf Verhaltensweisen anderer haben einen hohen moralischen Anspruch.

(Abg. Klases: Seien Sie vorsichtig, sonst kriegen Sie jetzt die Kurve nicht!)

Ich möchte Sie aber einmal fragen, was denn eigentlich schlimmer ist: Wenn jemand wie ich Äußerungen außerhalb des Raumes tut, die aus der Erregung heraus gesagt werden und für die man sich hinterher entschuldigt und zu denen man sagt, ich wollte den Kollegen Hiersemann nicht beleidigen. Das wollte und will ich auch nicht. Hätte ich umgekehrt zum Kollegen Hiersemann "Kloakenpolitiker" gesagt, wie er das von mir behauptet hat, dann würde ich das hier selbstverständlich zurücknehmen. Ich kann aber meine Äußerungen, die ich hier zu diesen Vorgängen getan habe, deshalb nicht zurücknehmen, weil ich hoffe, daß diejenigen, die Geheimunterlagen weitergegeben haben, irgendwann einmal in der Öffentlichkeit tatsächlich demaskiert werden, wie ich das gestern auch gesagt habe. Ich kann die Vorgänge und die Beteiligten nach meiner tiefen Überzeugung einfach nicht anders qualifizieren, als ich es gestern getan habe. Deswegen füge ich dieser Erklärung ausdrücklich hinzu:

Ich wollte und will Sie nicht beleidigen, Herr Kollege Hiersemann. Sollte ich Sie damit beleidigt haben, dann entschuldige ich mich dafür. Ich vermag die Vorgänge aber, wie gesagt, nicht anders zu qualifizieren, als ich es gestern getan habe. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Starker Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen das schriftlich geben, wenn Sie wollen, aber ich kann es nicht anders machen, weil ich sonst etwas sagen würde, was meiner inneren Überzeugung widerspricht.

Lassen Sie mich noch etwas hinzufügen: Wenn Sie von einer Vorverurteilung sprechen und sich darüber mit der Ihnen eigenen Art aufregen, Herr Dr. Rothemund, dann bedenken Sie doch bitte, was ich an Vorverurteilungen schon alles erleben mußte.

(Starker Beifall bei der CSU)

Wir sollten alle gemeinsam alles daransetzen, daß die Vorgänge, die zur Veröffentlichung von Dokumenten aus dem Untersuchungsausschuß geführt haben, aufgedeckt werden; ohne Rücksicht darauf, wer daran beteiligt gewesen sein könnte. Das würde wirklich zur Entgiftung der Atmosphäre beitragen.

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Klases? —

Klases (SPD): Herr Kollege Tandler, haben Sie nicht als bayerischer Innenminister während des Untersuchungsausschusses selbst die erste große Vorverurteilung ausgesprochen, indem Sie den Herrn Langemann als "Spinner oder Ganoven oder beides" bezeichnet haben und dies zu einem Zeitpunkt, als weder ein Verfahren noch der Untersuchungsausschuß selbst abgeschlossen waren?

Tandler (CSU): Abgesehen davon, Herr Kollege Klases, daß das nicht in diesem Hohen Hause geschehen ist, darf ich Ihnen sagen: Ja, das habe ich gemacht, das war ich, und ich stehe auch zu diesen Äußerungen. Das bisherige Verfahren hat meine Meinung leider auch bestätigt.

(Zuruf der Frau Abg. König — Unruhe bei der CSU — Glocke des Präsidenten)

Ich habe den Zwischenruf leider nicht vernommen. Können Sie ihn vielleicht wiederholen?

(Frau Abg. König begibt sich zum Saal-Mikrophon)

Präsident Dr. Heubl: Frau Kollegin, Sie können eine Frage stellen, aber keinen Zwischenruf wiederholen, damit wir uns da klar sind.

(Zuruf)

— Ja, gut. Sie können eine Frage stellen, aber keinen Zwischenruf wiederholen.

(Abg. Kolo: Aber sie kann auch Fragen dazwischenrufen!)

Frau König (SPD): Herr Kollege Tandler, was passiert, wenn er sich beleidigt fühlt? Entschuldigen Sie sich dann?

(Lachen bei der CSU)

Tandler (CSU): Es gibt Fragen, die man besser nicht beantwortet.

(Heiterkeit bei der CSU — Abg. Möslein: Das ist richtig! — Abg. Kolo: Das spricht nicht unbedingt für Sie! — Abg. Niedermayer: Aber das Niveau nicht für Euch!)

(Tandler [CSU])

Sie verfügen über die Informationen bezüglich des "Spiegel", die ich nicht habe.

(Zuruf)

— Ja, über die Anreise von vier Personen, die mit dem Herrn Heigl verhandelt haben sollen, und dergleichen mehr. Ich kann nur sagen: Mir ist z.B. das zugänglich, was die dpa veröffentlicht hat. dpa hat gemeldet, daß der Chefredakteur des "stern" offiziell erklärt hat, daß der "stern" entgegen der Angabe von Herrn Plaß nicht mit Herrn Heigl verhandelt hat.

(Abg. Kolo: Über was?)

Wir werden hier also eine ganze Reihe von Dingen zu behandeln haben - -

(Abg. Kolo: Über was hat er nicht verhandelt?)

— Na, über diese HS 30.

(Abg. Kolo: Steht das drin?)

— Ja, es steht heute drinnen.

(Zuruf)

— dpa; ich habe es gerade gelesen.

(Abg. Klasi: Verhandelt oder bemüht?)

Sie brauchen es ja nur nachzulesen.

Ich darf vielleicht noch folgendes hinzufügen. Man müßte dann auch die Frage stellen, warum es so lange gedauert hat, bis die eidesstattliche Erklärung des Herrn Plaß gestern "gebastelt" war, um Ihren Ausdruck, Herr Hiersemann, zu verwenden.

(Abg. Hiersemann: Weil vorher vielleicht noch zwei andere gemacht werden mußten!)

— Bitte?

(Abg. Hiersemann: Weil vorher die von Herrn Aust und die meine gemacht wurden! Was Sie hier machen, ist ein übles Spiel! — Lachen bei der CSU)

— Jetzt geben wir, glaube ich, einmal die Wertungen auf, wer was betreibt, und warten wir das Ergebnis ab!

(Abg. Hiersemann: Einverstanden!)

Ich wiederhole jetzt eines: Es sollte unser aller Aufgabe sein — das würde echt zur Entspannung des Klimas und der vergifteten Atmosphäre beitragen, um Ihr Wort, Herr Dr. Rothmund, zu verwenden —, alles daran zu setzen, um die Vorgänge aufzuklären. Es ist ja keine Lappalie, daß geheime Unterlagen aus dem Untersuchungsausschuß in die Öffentlichkeit gelangt sind.

(Abg. Karl Heinz Müller: Da gibt es doch ein Ermittlungsverfahren!)

Ich möchte noch etwas ankündigen, weil wir heute schon bei Ankündigungen sind.

(Abg. Karl Heinz Müller: Da gibt es ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft!)

— Ja, das hat es beim Langemann auch gegeben.

(Abg. Klasi: Immer noch!)

Deswegen haben Sie auch den Untersuchungsausschuß benötigt. Nein, nein!

(Abg. Hiersemann: Wir machen doch selber einen!)

— Ja. Wir untersuchen jetzt alles, was irgendwie möglich ist.

(Abg. Karl Heinz Müller: Da bin ich gespannt!)

— Was ich will, das sage ich Ihnen jetzt gleich.

Wir haben uns heute in unserer Fraktion auch über eine Ergänzung der Geschäftsordnung oder über ein eigenes Reglement unterhalten,

(Abg. Dr. Hundhammer: Geheimschutzordnung!)

was den Geheimschutz in diesem Hause anbelangt, auch und gerade gegenüber Abgeordneten. Wir haben uns auch darüber unterhalten, was wir gegebenenfalls an Sanktionen in diesem Zusammenhang einführen wollen. Damit auch das ganz deutlich wird, Herr Hiersemann: Dabei wird auch die Tatsache eine Rolle spielen, daß Sie im Minderheitenbericht Dinge an die Öffentlichkeit gebracht haben, die der Geheimhaltung im Ausschuß unterliegen sind. So geht es nicht.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Kollege Hiersemann!

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses nichts mehr sagen. Wir sollten das endlich tun, und dann werden wir weiter sehen. Wir sollten auch endlich mit dem Hickhack aufhören.

(Zuruf von der CSU)

— Wir können es weiterführen, wenn Sie das wollen. Ich glaube nur nicht, daß wir alle zusammen hier ein gutes Bild bieten; wirklich nicht.

(Zustimmung von der SPD)

Bitte, wenn Sie es wollen, können wir es weitermachen; ganz klar.

Also: Vorhin ist die Frage gestellt worden, ob ich weiter in diesem Untersuchungsausschuß sein könne. Ich erkläre hiermit, daß ich, solange die Vorwürfe nicht geklärt sind, meiner eigenen Überzeugung nach nicht in diesem Untersuchungsausschuß arbeiten werde und kann; gar keine Frage.

(Vereinzelter Beifall bei der CSU)

Aber ich sage hier zugleich, daß ich nach der Klärung der Vorwürfe wieder im Untersuchungsausschuß arbeiten werde, Herr Kollege Tandler, weil dann kein Grund für Sie besteht

(Abg. Dr. Wilhelm: Je nachdem wie es ausgeht!)

zu behaupten, ich könne in ihm nicht arbeiten, weil sich nämlich sehr schnell herausstellen wird, daß die Vorwürfe, die gegen mich erhoben worden sind, unzutreffend sind. Das ist der erste Punkt.

(Hirsemann [SPD])

Der zweite. Wenn Sie meinen, über eine Änderung der Geschäftsordnung wegen Sanktionen in geheimen Sachen nachdenken zu müssen, sind wir gerne bereit, darüber zu diskutieren. Aber wir sind nicht bereit, darüber zu diskutieren, wenn Sie das am Minderheitenbericht festmachen wollen, Herr Kollege Tandler; dann nicht! Denn es geht nicht, daß sich die Mehrheit in diesem Hause an den Bestimmungen der Geschäftsordnung und an Absprachen im Untersuchungsausschuß dadurch vorbeimogelt, daß sie die Arbeit des Untersuchungsausschusses einfach beendet und uns, ohne über die Aufhebung der Geheimhaltung, die Sie zugesagt haben, beschlossen zu haben, dadurch zwingt, hierherin nichts mehr sagen zu können. So nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe bereits bei der Debatte um den Minderheitenbericht, Herr Kollege Tandler, gebeten, mir anhand der einzelnen Passagen des Minderheitenberichtes nachzuweisen, wo ich mit dem Minderheitenbericht schutzwürdige Belange des Freistaates Bayern, der Bundesrepublik Deutschland oder schutzwürdige Interessen von Dritten durch die Offenlegung beeinträchtigt habe. Bis heute gibt es dazu keine Äußerung von Ihnen. Die kann es auch nicht geben, weil ich nämlich selber so viel Verantwortungsgefühl hatte und auch heute habe, daß ich bei der Erstellung des Minderheitenberichtes sehr exakt darauf geachtet habe, so etwas zu vermeiden, indem ich Namen und Fakten weggelassen habe und indem ich auch Dinge nicht eingeführt habe, von denen ich gemeint habe, es könnte dadurch die Gefahr entstehen, daß irgend etwas beeinträchtigt wird.

Aber, wenn Sie uns schon so Knall auf Fall erklären: Die Arbeit des Untersuchungsausschusses ist zu Ende, wenn Sie nicht einmal bereit sind,

(Abg. Dr. Wiesheu: Sie wärmen alte Märchen wieder auf!)

mit uns darüber zu beschließen, was nun wirklich geheimhaltungsbedürftig ist und was nicht, dann werden Sie schon der Minderheit in diesem Hause die Möglichkeit einräumen müssen zu überlegen, was materiell und objektiv geheimhaltungsbedürftig ist und was nicht. Ansonsten wäre es Ihnen möglich, durch Geheimhaltungsbeschlüsse ständig die Minderheit in diesem Hause ohne inhaltlichen Grund zu knebeln, mundtot zu machen und zum Schweigen zu bringen. Dieses Spiel machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Beckstein.

Dr. Beckstein (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zu zwei Punkten kurze Anmerkungen zu machen.

Der erste Punkt: Ich halte es für in Ordnung und ich habe es, ehrlich gesagt, von Ihnen persönlich, Herr Hi e r s e m a n n — es ist ja bekannt, daß wir, soweit das zwischen politischen Gegnern möglich ist, beinahe befreundet sind —, auch nicht anders erwartet, als daß Sie ganz klar gesagt haben: Ich kann im Untersuchungsausschuß nicht mitmachen, solange die Vorwürfe nicht geklärt sind. Mir geht es nicht darum, Sie herauszuschießen — dafür schätze ich Sie als Person viel zu sehr —, sondern es ist die Frage: Wieweit kann man das Instrumentarium des Untersuchungsausschusses als quasi-richterliche Institution aufrecht erhalten, wenn man nicht mehr unbeteiligt ist? Deswegen geht es gar nicht darum, daß die Vorwürfe nicht geklärt sind oder noch geklärt werden. Vielmehr ist die Frage: Meinen Sie, Herr Kollege

Hirsemann, daß Sie dem Kronzeugen Heigl mit der Un- abhängig- keit eines Richters gegenüberreten und völlig unabhängig von dem sind, was persönlich an Vorwürfen gelaufen ist? Glauben Sie, daß Sie später noch einmal mit der richterlichen Unabhängigkeit darüber entscheiden können: Ist der Mann glaubwürdig oder nicht?

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hirsemann? —

Hirsemann (SPD): Herr Kollege Beckstein, wenn das eintritt, was ich angekündigt habe, d.h. wenn sich herausstellen wird, daß die Vorwürfe gegen mich samt und sonders unzutreffend sind, können Sie mir dann erklären, wodurch ich involviert oder betroffen wäre und weswegen meine Un- abhängig- keit in dem Untersuchungsausschuß beeinträchtigt wäre?

Dr. Beckstein (CSU): Wir wollen jetzt nicht allzu sehr in Details einsteigen. Aber ich halte es für eine ganz entscheidende Frage, wie weit die persönliche Beteiligung bei Mitgliedern des Untersuchungsausschusses gehen darf; und zwar "Beteiligung" nicht im Sinne irgendwelcher Vorwürfe. Vielmehr ist der Untersuchungsausschuß gerichtsähnlich konzipiert, die Mitglieder haben richterähnliche Un- abhängig- keit. Die StPO ist analog anwendbar. Die Fragen der Ablehnung wegen Befangenheit sind als solche nicht unmittelbar anwendbar; aber es gibt doch keinerlei Zweifel darüber, daß sie materiell anwendbar sind. Das bedeutet, daß jemand, der nicht unbefangen wie ein Richter entscheiden kann, da nicht mitmachen soll. Drum, Herr R o t h e m u n d, war es für mich schlichtweg unverständlich, wie jemand, der mal Staatsanwalt war, nicht von sich aus und von vornherein das klarstellt, sondern das als persönliche Erklärung dem Herrn Hirsemann überläßt. Als halbwegs vernünftiger Jurist hätten Sie doch vorher sagen müssen, daß so was nicht geht.

Als zweiter Punkt liegt mir — das sollten wir auch in aller Nüchternheit und Sachlichkeit erörtern — die Vertraulichkeit und Geheimhaltung am Herzen. Da kommt sehr wohl auch der Minderheitenbericht mit zur Sprache. Aber das Problem geht weit darüber hinaus. Herr Kollege Hirsemann und meine Damen und Herren insbesondere von der Opposition, wir haben doch als Landtag insgesamt ein massives Interesse daran, daß Geheimhaltungsbeschlüsse nicht etwa in das Belieben des einzelnen gestellt werden, der dann selber sagen kann, ich halte den Geheimhaltungsbeschuß inhaltlich für falsch; deswegen halte ich mich nicht daran. Wenn wir es in das Belieben der Mehrheit oder der Minderheit stellen oder erst recht des einzelnen, dann werden wir wenig Information bekommen. Glauben Sie, daß irgendeine Staatsregierung oder irgendein Minister im Sicherheitsausschuß bereit ist, unter dem Hinweis, daß Geheimhaltung beschlossen wird, uns geheimhaltungsbedürftige Dinge anzuvertrauen, wenn er damit rechnen muß, daß ein Mitglied oder einige Mitglieder des Ausschusses sagen: Das ist materiell so wichtig, z.B. im Wahlkampf, daß man es an die Öffentlichkeit rausgibt?

Herr Kollege Klasen, unser Problem ist es doch — darüber kommen wir nicht hinweg; das wird auch von Ihnen nicht bestritten —, daß geheime Papiere in die Öffentlichkeit gekommen sind, z.B. in "Panorama". Das ist für uns als Parlament insgesamt etwas Schlimmes.

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? —

Klasen (SPD): Herr Kollege Dr. Beckstein, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen — Sie waren nicht im Untersuchungsausschuß und kennen die Details nicht —, daß Sie hier Dinge vermischen, weil ganze Pakete von Unterlagen aus dem Innenministerium uns, pauschal klassifiziert als VS oder Geheim, geliefert wurden, weil sie im Detail gar nicht klassifiziert werden konnten? Diese Klassifizierung wurde

(Klasen [SPD])

doch nur anhand der geheimniswürdigsten Dokumente vorgenommen. Für uns war doch klar, daß wir später selber würden bewerten müssen, welche Dokumente diese Stufen verdienen oder nicht.

Dr. Beckstein (CSU): Herr Kollege Klasen, ich bin als Jurist gewohnt, daß man alle mögliche Haarspalterei betreibt. Aber die Frage bleibt für mich: Wird es denn von Ihnen bestritten, daß geheime Dokumente in die Öffentlichkeit gekommen sind, z. B. in "Panorama"; oder wird es von Ihnen bestritten, daß die SPD bei der Diskussion des Minderheitenberichts über Langemann — ich habe das im Sommer aufmerksam verfolgt — mit notstandsähnlicher Argumentation zur Frage der Geheimhaltung gesagt hat: Das halten wir für so wichtig, daß wir uns einfach nicht an die Beschlüsse der Geheimhaltung halten können? So geht's doch nicht. Und zwar deswegen nicht, weil wir uns als Parlament von Informationen abschnüren, die uns nur dann gegeben werden, wenn ein absoluter Schutz der Vertraulichkeit und der Geheimhaltung gegeben ist. Deswegen habe ich mich gemeldet, weil ich als Vorsitzender eines Ausschusses, in dem Vertraulichkeit häufig eine Rolle spielt, ein massives Interesse daran habe, daß wir Informationen bekommen. Ansonsten nehmen wir alle, das Parlament und sein Informationsbedürfnis, Schaden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen, meine Herren! Ich nehme an, daß die Diskussion um diese Ergänzung der Geschäftsordnung noch in extenso bei anderer Gelegenheit geführt wird. Deshalb bitte ich um Überlegung, ob wir uns nicht dem nächsten Tagesordnungspunkt zuwenden könnten.

Vorher hat das Wort der Herr Kollege Dr. Rothmund.

Dr. Rothmund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, über eine Änderung der Geschäftsordnung zu diskutieren, deren Text mir gar nicht vorliegt.

Ich möchte nur noch einige wenige Bemerkungen machen. Herr Kollege Tandler, ich kann in keiner Weise nachvollziehen, daß es einen Unterschied begründen soll, ob beleidigende Äußerungen in diesem Raum oder im Vorraum gesagt werden. Wer meint, hier nach dem Motto differenzieren zu können, draußen darf ein Stück mehr gesagt werden, dem kann ich nicht folgen. Und ich würde es bedauern, wenn das der Stil künftig sein sollte, daß man außerhalb des Plenums etwas sagt — um es an die Öffentlichkeit zu bringen, um damit Wirkungen zu erzielen —, was man sich in diesem Plenum selbst nicht zu sagen traut.

(Abg. Tandler: Ach geh!)

Zweitens: Selbstverständlich sind geheime Papiere herausgekommen, Herr Kollege Beckstein. Niemand hat das bestritten und bezweifelt. Nur sollten wir nicht unterstellen, daß diese geheimen Papiere über den Weg des Untersuchungsausschusses herausgekommen sein müssen. Viele konnten an diese geheimen Papiere herankommen. Deshalb müssen wir den Sachverhalt aufklären. Aber ich habe manchmal den Eindruck, als würden Sie ganz bewußt in der Öffentlichkeit in einer ganz bestimmten Richtung von vornherein glauben wirken zu können, nämlich in Richtung gewisser Mitglieder des Untersuchungsausschusses.

Sie haben sich vorhin bemüht, Herr Kollege Beckstein, aus dem Artikel in der "Bunten" mehr herauszuholen, als da drinsteht, mit Ihrem Zwischenruf bzw. Ihrer Zwischenfrage. Sie meinten — wie auch so ähnlich gestern der Bayerische Rundfunk —, dem Herrn Kollegen Hiersemann in unterstellen zu sollen — bzw. der "Bunten" unterstellen zu

sollen, sie hätte das behauptet —, bündelweise solche Unterlagen weitergegeben zu haben. Das hat nicht einmal die "Bunte" behauptet.

(Abg. Dr. Hundhammer: "Die SPD-Opposition"!)

— Es heißt hier wörtlich:

Nach seiner Darstellung sind ihm von seiten der SPD-Opposition im Bayerischen Landtag bündelweise geheime Unterlagen aus dem Langemann-Ausschuß angeboten und auch zugänglich gemacht worden.

(Abg. Dr. Hundhammer: Eben!)

Punkt.

Heigl nennt auch Namen von Personen, die sich direkt und indirekt um ihn bemüht haben:

Das sind zwei völlig voneinander getrennte Dinge.

(Lachen des Abg. Dr. Beckstein)

Da lachen Sie? Herr Kollege Beckstein, Sie würden mir als Jurist zugeben müssen, daß das — und zwar sehr bewußt — völlig voneinander getrennt ist; und zwar aus Überlegungen, die man natürlich nachvollziehen kann. Die "Bunte" will den Eindruck erwecken, als sei es so, und formuliert auch so, daß der unbefangene Leser beim ersten Durchlesen vielleicht diesen Eindruck bekommt. Aber sie macht es in einer Weise, daß sie insoweit nicht angreifbar ist; denn wenn man den Artikel genau liest, stellt sie die Behauptung gerade nicht auf. Das ist die Methode, mit der hier die "Bunte" arbeitet. Und daß Sie drauf reingefallen sind — wenn ich das unterstelle —, zeigt, daß sie offenkundig erfolgreich ist.

(Abg. Tandler: Wer ist denn bei "Konkret" drauf reingefallen?)

— Ich weiß nicht, was Sie damit meinen, Herr Kollege Tandler, da müssen Sie sich schon präziser ausdrücken.

Ich möchte zum Schluß noch einmal betonen: Wir wollen diesen Sachverhalt aufklären und haben deswegen die Absicht, einen eigenen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Wir gehen davon aus — und das wäre eine Möglichkeit —, daß dieser Untersuchungsausschuß zunächst einmal den Vorwurf zu klären versucht, der von der "Bunten" in Richtung des Herrn Kollegen Hiersemann erhoben worden ist, und daß nach Klärung dieses Vorwurfs mit Sicherheit kein Hinderungsgrund mehr bestehen kann, daß Herr Kollege Hiersemann im Untersuchungsausschuß "Langemann" weiter mitwirkt. Daran haben wir ein Interesse. Wenn Sie — wie ich vorhin sagte — nicht die Absicht haben sollten, Herrn Kollegen Hiersemann auch nach Klärung des Sachverhalts weiter an der Mitwirkung zu hindern, dann sind Sie natürlich mit uns gehalten, so schnell wie möglich den Vorwurf, der sich auf den Kollegen Hiersemann bezieht, aufzuklären.

Ich glaube, das wäre ein faires, vernünftiges Vorgehen. Wenn Sie uns insoweit folgen, bin ich sicher, daß wir einen Weg finden werden, um sowohl das eine wie das andere in einer für beide Seiten zufriedenstellender Weise in diesem Hohen Hause zu erledigen. Unseren guten Willen, den Sachverhalt aufzuklären, will ich noch einmal mit Nachdruck betonen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Hiersemann!

Hiersemann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Debatte nicht unnötig fortsetzen, möchte nur noch etwas dazu sagen. Man soll dies ja tun, wenn man bereits dazu in der Lage ist, weil dies vielleicht ein wenig zur Klärung weiterhilft und auch dazu beiträgt, daß nicht bereits im vorhinein Vorwürfe erhoben werden, die dann später in sich zusammenbrechen müssen.

Ich will an einem einzigen Punkt — und ich bitte die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, genau aufzupassen — nachweisen, daß in der "Bunten" etwas behauptet wird, was weder von Herrn Plaß noch von mir noch von sonst einem Mitglied des Untersuchungsausschusses stammen kann. Es geht hier um die in dem Bericht angesprochene Sicherheitsakte. Es ist da die Rede von einer grünen Sicherheitsakte, die im Zusammenhang mit der Enttarnung des Herrn Guillaume stehe. Ich habe gestern hier bereits gesagt, wir wissen nicht einmal, was das ist. Inzwischen ist das ein bißchen aufgeklärt worden. Es war in der Tat so, daß dem Untersuchungsausschuß eine Akte "Sicherheitsüberprüfungen Langemann" vorlag. In dieser Akte und in dem Begleitschreiben gibt es keinen einzigen Hinweis auf die Guillaume-Affäre. Journalisten haben gestern im Innenministerium recherchiert und nachgefragt, was es damit auf sich habe. Dies hat seinen Niederschlag in Artikeln des "Münchner Merkur" und der "Süddeutschen Zeitung" von heute gefunden. Da wurde ihnen gesagt, das Datum sei falsch; der Zusammenhang mit Guillaume bestehe darin, daß nach der Enttarnung des Herrn Guillaume diese Sicherheitsakten von führenden Beamten, die im Sicherheitsbereich tätig sind, herausgeholt und durchgesehen wurden. So! Nun frage ich Sie, Herr Kollege Wiesheu, und Sie, Herr Kollege Hundhammer: Haben wir diese Information im Untersuchungsausschuß denn je erhalten? Haben wir je etwas davon erfahren, daß die "Sicherheitsakte Langemann" überhaupt einen Zusammenhang mit Guillaume besitze und zudem den, daß diese Akte nach der Enttarnung des Herrn Guillaume herausgeholt und überprüft wurde? Das haben wir alle zusammen nie erfahren. Dennoch behauptet der Herr Heigl dies gegenüber der "Bunten"! Nun frage ich Sie: Von wem hat er dies? Von uns kann er es nicht haben!

Präsident Dr. Heubl: Bitte sehr!

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur einen Satz richtigstellen und bitte um Verständnis dafür. Ich habe vorhin davon gesprochen, daß der "Bayerische Rundfunk" die mißverständliche Passage in der "Bunten" so dargestellt hat, als hätte Herr Hiersemann den Vorwurf, er hätte bündelweise Geheimunterlagen übergeben, von der "Bunten" bekommen. Dies war nicht der Bayerische Rundfunk schlechthin, sondern ich muß das eingrenzen, es war das Bayerische Fernsehen.

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Wiesheu!

Dr. Wiesheu (CSU): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen; auf den zweiten mit Bedenken, aber den ersten möchte ich doch etwas klarstellen. Herr Kollege Rothemund, wenn wir in Zukunft veranlaßt sein sollten, all die Bemerkungen, die von Ihren Kollegen außerhalb des Parlaments, auch in Versammlungen etc., über den politischen Gegner — sprich über uns — gemacht werden, hier zur Diskussion zu stellen, dann haben wir, glaube ich, einiges an Unerfreulichkeiten vor uns. Vielleicht können Sie einmal in Ihren Kreisen darauf hinwirken, daß der Sprachgebrauch etwas mehr unter Kontrolle gebracht wird, auch in Wahlkampfzeiten.

(Zurufe von der SPD, u.a. des Abg. Karl Heinz Müller: Das müssen gerade Sie sagen!)

— Aber ja, Ich kann Ihnen gerne eine Sammlung von den Ausdrücken zusammenstellen, die bei Ihnen gebraucht werden.

(Weitere Zurufe von der SPD)

— Aber gerne, meine Damen und Herren; das können wir Ihnen "packerlweise" liefern.

Nun zum zweiten Punkt. Herr Kollege Hiersemann, der Schluß, den Sie her ziehen, kann zutreffen, muß aber nicht zutreffen. Deswegen habe ich etwas dagegen, daß man versucht, Untersuchungen, die man anstellen kann, schon jetzt hier vorwegzunehmen. Daß eine derartige Akte angelegt oder herangezogen worden ist, sei es nach der Guillaume-Enttarnung, mag sein, ich weiß es nicht. Es kann auch sein, daß eine Information über diese Akte von Herrn Langemann an Herrn Heigl ging. Es kann aber durchaus auch sein, daß der Herr Heigl diese Akte von einem andern als von Herrn Langemann bekommen hat, nachdem sie bei uns im Untersuchungsausschuß ja vorgelegen hat. Das ist klärungsbedürftig. Nur, der Schluß, wie Sie ihn hier gezogen haben, kann zutreffen, es kann aber auch ganz anders gewesen sein.

Man muß unterscheiden zwischen Informationen in einer Angelegenheit und der Zurverfügungstellung von entsprechenden Unterlagen. Ich sage noch einmal: Ich halte nichts davon, hier in eine Untersuchung einzusteigen. Ich halte aber ebensowenig davon, Thesen aufzustellen, die nicht beweisbar sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß dieser Punkt 4 der Tagesordnung jetzt abgesetzt und in den Geschäftsordnungsausschuß zurückverwiesen wird. — Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Punkt 10 der Tagesordnung:

Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Dr. Rothemund und Fraktion betreffend Behandlung von Haushaltsvorlagen (Drucksache 10/71)

Über die Beratung im Ausschuß für Geschäftsordnung und Wahlprüfung (Drucksache 10/86) berichtet die Frau Abgeordnete König.

Frau König (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß hat sich in seiner 2. Sitzung am 14. Dezember 1982 mit der Drucksache 71 befaßt. Es handelt sich um einen Antrag der SPD-Fraktion zur Behandlung von Haushaltsvorlagen.

Der Antrag beinhaltet in der ersten Ziffer eine Definition, was Haushaltsvorlagen sind. In der zweiten Ziffer wird gefordert, daß in Zukunft eine Abstimmung über Haushaltsvorlagen erst nach Vorberatung in den Fachausschüssen erfolgen sollte. Weiter hat der Antrag zum Ziel, daß über Haushaltsvorlagen unverzüglich nach Einbringung eine erste allgemeine Aussprache der Vollversammlung stattfindet, daß die Vollversammlung sie dann an die jeweiligen Fachausschüsse überweist und der Ältestenrat festlegt, welche Einzelpläne in welchem Ausschuß behandelt werden sollen. Nach der Beratung der Fachausschüsse soll der Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen beraten, allerdings soll für die Behandlung in den Fachausschüssen eine Frist gesetzt werden — nämlich von drei Wochen —, damit Verzögerungen vermieden werden. Wie bisher soll der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen die Haushaltsvorlagen auf ihre Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit überprüfen. Letztlich soll nach Abschluß der

(König [SPD])

Beratungen in den Ausschüssen die Vollversammlung abschließend über den Haushalt beraten, und zwar in einer an aufeinander folgenden Tagen stattfindenden Aussprache über die gesamte Haushaltsvorlage mit allen Einzelplänen. Das heißt, daß die bisher praktizierten Einbringungsreden der Minister so nicht stattfinden könnten.

Berichterstatterin bei der Behandlung im Ausschuß war ich selbst, Mitberichterstatter war der Kollege Gastinger.

Als Berichterstatterin habe ich zunächst begründet, warum die SPD-Fraktion diesen Antrag eingebracht hat, und betont, daß schon bisher haushaltsrelevante Anträge in allen Ausschüssen behandelt wurden und daß nur der Haushalt selbst ausschließlich vom Haushaltsausschuß behandelt wird; daß andere Länder ähnlich verfahren, wie es in unserer Vorlage verlangt wird, daß das Ganze einer Straffung der Haushaltsberatungen im Plenum dienen würde, daß keine Verzögerung zu befürchten sei, da den Fachausschüssen eine Frist gesetzt ist, daß der Haushaltsausschuß trotzdem von vornherein tagen könnte, weil es zumindest drei Haushaltspläne gibt, die in keinen Fachausschuß kommen, nämlich die Haushaltspläne des Landtags, des Senats und des Obersten Rechnungshofs, und schließlich daß durch dieses Verfahren das Budgetrecht des Bayerischen Landtags gestärkt würde.

Mitberichterstatter Gastinger betonte, das bisherige Verfahren habe sich bewährt; das Parlament sei der höchste Souverän, die Abgeordneten jetzt Vollparlamentarier; dem Haushaltsausschuß komme naturgemäß deshalb große Bedeutung zu, da das Bismarcksche Motto gelte: Wer das Geld hat, hat auch die Macht. Deshalb müsse das derzeit geltende Verfahren beim Haushaltsausschuß konzentriert bleiben. Das Haushaltsgesetz sei das wichtigste Gesetz und müsse gemäß seiner Bedeutung im Plenum entsprechend eingehend debattiert werden. Unser Antrag auf Drucksache 71 würde dazu führen, daß die Debatte im Plenum gerade nicht mehr so ausführlich wäre. Im übrigen habe der Bayerische Landtag, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, eine zweite Kammer. Dies führe dazu, daß die Haushaltspläne auch dort noch einmal sehr gründlich beraten werden. Dadurch wäre der Haushaltsausschuß dauernd in einer zeitlichen Drucksituation.

Der Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses, Kollege Langenberger, hat dann aufgezeigt, daß er die Argumentation seines Vorredners für widersprüchlich halte, weil gerade das Argument, daß die Abgeordneten heute Vollparlamentarier sind, deutlich mache, daß die Abgeordneten auch genügend Zeit hätten, sich in den Fachausschüssen ausführlich mit den Haushaltsvorlagen auseinanderzusetzen. Er meinte weiter, daß das Parlament sein Budgetbewilligungsrecht ernst nehmen müsse, indem es sich auch ernsthaft in den verschiedenen Ausschüssen damit auseinandersetze. Andere Kollegen wie Kollege Klasen, Kollege Dr. Wilhelm und Kollege Gastinger führten noch einzelne Punkte in die Diskussion ein.

Der Ausschuß stimmt schließlich nach Ziffern ab; dies werde ich nachher ebenfalls beantragen. Die fünf Ziffern des Antrages wurden in der Einzelabstimmung mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD abgelehnt. Ich bitte das Hohe Haus zu entscheiden.

Erster Vizepräsident Kamm: Wortmeldungen? — Herr Kollege Loew, bitte!

Loew (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin mir darüber im klaren, daß dieser Tagesordnungspunkt wegen seiner fehlenden aktuellen Brisanz nicht annähernd das Interesse finden kann, wie es der vorangegangene

gefunden hat. Dennoch bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit, weil es sich dabei um einen Antrag handelt, der für das Verfahren der Haushaltsberatungen in diesem Hause von sehr weitreichender und eigentlich auch von sehr verändernder Bedeutung wäre, wenn er Ihre Zustimmung finden würde.

Ich will noch einmal kurz darstellen, was unsere Hauptanliegen gewesen sind, einen solchen Beratungsvorschlag einzubringen. Zum ersten geht es um eine Straffung der Haushaltsberatungen.

(Abg. Wengenmeier: Das Gegenteil wäre der Fall!)

Auch diesesmal ist es so, daß der Haushalt erst Mitte Januar eingebracht werden wird und daß wegen unseres dann einsetzenden äußerst zeitaufwendigen Beratungsverfahrens der Haushalt mit Mühe Ende Juni, Anfang Juli des kommenden Jahres verabschiedet werden kann. Das hängt u.a. auch damit zusammen, daß jeder Einzelhaushalt hier eine Extradiskussion in einer Plenarwoche für sich beansprucht. Hier greift unser Vorschlag ein, daß bei der Beratung der Einzelpläne, die mit Sicherheit im Plenum auch in der Weise geschehen würde, daß die Einzelpläne hier zur Beratung und zur Einzelbeschlußfassung aufgerufen werden, diese zu einem zeitlichen Block zusammengezogen werden, wie es beispielsweise genau in diesen Tagen — wenngleich auch unter einem erheblichen Zeitdruck, aber aus anderen Gründen — im Bundestag geschieht. In Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen und in anderen Parlamenten geschieht dies in gleicher Weise. Unser Anliegen ist es also, durch unseren Vorschlag die Beratungen zeitlich zu straffen. Bekanntlich sind wir das Parlament, welches die Haushaltsberatungen zeitlich am stärksten dehnt. Natürlich ist es auch so, daß wir wie kein anderes Parlament bis in die einzelnen Titel und deren Verwurzelungen und Zusammenhänge von kleineren Beträgen hinein diskutieren und untersuchen.

Tatsache ist aber auch, daß wir uns dabei von der Vorschrift der Bayerischen Verfassung in Artikel 78 Absatz 3 entfernen, in der eigentlich sehr lapidar und unmißverständlich steht, daß der Haushaltsplan vor Beginn des nächsten Rechnungsjahres zu verabschieden ist.

(Abg. Wengenmeier: Sie müssen auch den folgenden Satz lesen! —

Abg. Dr. Wilhelm: Wie heißt denn der Nachsatz?)

— Herr Kollege Wilhelm, in dem nächsten Satz steht, für den Fall, daß dies nicht geschieht, können "folgende Regelungen" eingreifen. Dies ist aber dem Sinn der Verfassung nach doch gar nicht anders zu deuten — auch Sie können dies doch, wenn Sie die Verfassung nicht biegen wollen, nicht anders deuten —, als daß die Verfassung von dem Normalfall ausgeht, daß der Haushalt vor Beginn des Rechnungsjahres verabschiedet werden muß, wie wir es auch im Bundestag Jahr für Jahr erleben, genauso wie wir es als Gesetzgeber für die kommunale Haushaltsordnung hineingeschrieben haben. Dies ist doch die erste Regel und nicht das Umgekehrte. Wir können uns nicht selbst ständig von dieser Regel ausnehmen, die in der Verfassung verankert ist.

Wie wichtig eine rechtzeitige Verabschiedung des Haushaltes ist, zeigt auch die wachsende Bedeutung der Investitionsausgaben, die wir im Haushalt selbst festlegen. Wenn Sie einwenden, daß vom Kabinett in der Haushaltsvorlage jeweils vorgeschlagen wird, daß man in der Vorausverfügung von Investitionsmitteln jetzt von früher 70 Prozent auf 80 Prozent gehen kann, dann zeigt dies doch wohl auch, daß Ihnen das Problem einer frühzeitigen Festlegung des Verfügungsrahmens im investiven Bereich gerade in diesen Zeiten sehr wohl ebenfalls ein Anliegen ist.

(Loew [SPD])

Daß es damit allein aber nicht getan ist, zeigt z. B. auch eine Antwort, die gestern Herr Staatssekretär Dr. Fischer hätte geben wollen, wenn die Fragestunde nicht vorher abgebrochen worden wäre. Kollege Hartmann wollte danach fragen, wie hoch das Investitionsvolumen für staatliche Zuwendungen im Bereich des Baues von Abfallbeseitigungsanlagen sei und welches Investitionsvolumen derzeit durch Bewilligungsbescheide gebunden ist. Dies ist eine Frage, die auf den investiven Spiel- und Handlungsraum für die Förderung von Abfallbeseitigungsanlagen in denjenigen Kommunen zielt, die derartige Großprojekte planen und durchführen, also eine Frage von eminenter finanzieller Bedeutung. Dann werden ein paar Zahlen genannt, die ich im jetzigen Zusammenhang nicht vortragen muß; dann aber kommt als Antwort der Staatsregierung auf die Frage des investiven Handlungsspielraums für diesen Förderungsbereich der Satz: „Wie unsere Haushaltsmittel nach Verabschiedung des Staatshaushalts durch den Landtag auf die alten und neuen Vorhaben aufgeteilt werden können, läßt sich derzeit noch nicht sagen. Das hängt einmal von der Höhe der Haushaltsansätze ab und zum anderen vom jeweiligen Baufortschritt.“ Also auch auf die Höhe der Haushaltsansätze, wobei damit logischerweise nur die dann vom Landtag beschlossenen Haushaltsansätze gemeint sein können! Denn der Entwurf der Staatsregierung liegt nun seit einer Woche vor und ist dafür entscheidend, wie die Mittel auf alte und neue Bauvorhaben aufgeteilt werden können; das heißt, inwieweit dann die Kommunen von ihrem Baufortschritt her auch schon für verdingte Leistungen bedient werden können, bleibt offen. Etwa bei einem Projekt, das der Landkreis oder die Stadt Würzburg mit dem Bau einer Abfallbeseitigungsanlage in Höhe von 110 Millionen DM durchführt, ist allein diese Frage und nur dieser Förderungsbereich für die finanzielle Gestaltungsmöglichkeit einer so großen Kommune von eminenter und entscheidender Bedeutung. Ich wollte Ihnen noch einmal an diesem Beispiel aufzeigen, wie insbesondere kommunale Investitionsentscheidungen dadurch blockiert werden, daß sich dieser Landtag wie kein anderer Zeit läßt mit der Verabschiedung des Haushalts und sie jeweils bis in die Jahresmitte des folgenden Rechnungsjahres hinüberzieht. Sie können das natürlich wegargumentieren, was Sie wohl auch hinterher versuchen werden.

Mir geht es bei der Diskussion dieses Antrags, den Sie ohnehin ablehnen werden, nur noch einmal darum, das Problembewußtsein dafür zu schärfen und zu verdeutlichen, worum es uns bei diesem Antrag ging, nämlich 1. Punkt: Straffung der Haushaltsberatungen, 2. Punkt: Beteiligung der Fachausschüsse, ein ebenfalls auch nicht zum erstenmal in diesem Hause diskutiertes Anliegen.

Ich darf darauf hinweisen, daß dies im Bundestag, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geschieht. Mir liegt hier eine Pressenotiz vom 3. Dezember 1982 des Landtags von Niedersachsen vor, in der steht: „Umweltausschuß wird auf Initiative der SPD an Haushaltsberatungen beteiligt“, in Niedersachsen, in dem Parlament, in dem nun Ihre Parteikollegen die Mehrheit stellen. Es kann also insoweit nicht ein parteipolitisch oder von Parteistandpunkten her zu behandelndes Problem sein, es kann aber eines sein, inwieweit diese Änderung der Geschäftsordnung und inwieweit bei diesem Unterpunkt die Beteiligung der Fachausschüsse in der Außenwirkung der Parlamentsarbeit einmal der Regierungsfraktion oder der Oppositionsfraktion mehr nützt.

So sind auch letztlich die Betrachtungsweisen, die jeweils hinter der von Ihnen geführten Diskussion stehen; es schimmert eindeutig durch — das halte ich auch für ein legitimes Anliegen —, daß Sie sagen: Was für ein Verfahren

nützt uns mehr in der Öffentlichkeitsarbeit, dieses oder jenes? Es ist selbstverständlich ein legitimes politisches Anliegen, die Sache auch so zu betrachten. Nur sollte man das auch hier in der Weise offen diskutieren und sich nicht letztlich hinter mehr oder weniger vorgeschobenen Fachdiskussionen verstecken. Selbst das Problem, welcher Weg der Behandlung nützt in der Öffentlichkeitsarbeit oder -wirkung der Oppositions- oder Regierungspartei mehr, wird also in Niedersachsen von Ihren Parteifreunden anders gesehen. Offenbar sind die ein wenig großzügiger, vielleicht auch ein wenig selbstsicherer, vielleicht aber auch ein bißchen fairer und sagen: Auch der oppositionelle Partner im Parlament hat seine Möglichkeiten; daß wir jedesmal, wenn Minister ihre Einbringungsreden halten, daraus parlamentarische Glanzstunden der Regierung machen, das ist für uns nicht das alleinige und das allererste Anliegen. Vielleicht denken Ihre Kollegen in Niedersachsen so ähnlich, wie ich es ausgeführt habe.

Zur Beteiligung der Fachausschüsse noch einmal ein Argument, das ich als Sachargument ernst zu nehmen bitte, und man möge mir dann zeigen, weshalb dieses Argument nicht stechen kann. Alle Anträge, die von irgendeinem der Kollegen eingebracht werden und haushaltswirksam sind, kommen selbstverständlich auch in die Fachausschüsse. Das heißt, es berät während des Jahres selbstverständlich der Landwirtschaftsausschuß mehrere Male über die Höhe und die Ausgestaltung landwirtschaftlicher Förderung, der Kommunalausschuß unterhält sich mehrmals im Jahre über kommunale Förderungsbereiche. Ich kann es ausdehnen; insbesondere der kulturpolitische Ausschuß berät während des Jahres Dutzende von Anträgen mit weitreichender Haushaltswirksamkeit. Diese geben dazu ihre fachliche Stellungnahme ab.

Und ausgerechnet dann, wenn konzentriert und gebündelt über haushaltswirksame Anträge entschieden werden soll, nämlich in der Phase der Beratungen des Einzelplans vor der Verabschiedung des Staatshaushalts, in dieser wirklich entscheidenden Phase werden die Fachausschüsse nicht beteiligt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Erklären Sie mir jetzt einmal: Worin liegt der tiefere Sinn dieser Regelung, daß sie das ganze Jahr über quaken können, aber dann, wenn es zum Hauen, zum Stechen, zum Entscheiden und zum Zahlen kommt, die Kollegen vor der Tür bleiben!?

(Zustimmung bei der SPD)

Was ist der tiefere Sinn dieser Regelung? Wie lösen Sie diese Inkonsequenz auf? Das hätte ich gern einmal von Ihnen gehört.

Ich meine, daß gerade in den Zeiten knappen Geldes, die wir jetzt haben und die wir noch einige Jahre vor uns haben werden, die Fachkompetenz der Kollegen auch in den Fachausschüssen in die Beratung des Parlaments stärker einfließen sollte und es sich nicht darauf beschränken soll, das Verfahren, das Sie von der CSU-Fraktion gewählt haben, nämlich die Fraktion noch vor der Vorlage des Entwurfs einmal zu beteiligen und intern ein paar von Streitpunkten oder Prioritäten — —

(Mehrimaliger Zuruf des Abg. Wengenmeier:
Was heißt hier "Streitpunkte"?)

— Herr Kollege Wengenmeier, ich verstehe nicht, warum Sie sich darüber aufregen.

(Abg. Wengenmeier: Das können Sie gar nicht wissen!)

Es ist das Natürlichste von der Welt, daß es innerhalb einer Fraktion darüber auch Streitpunkte gibt, wie man in einem engen Haushaltsrahmen unterschiedliche Prioritäten setzt.

(Loew [SPD])

Das wollen Sie doch nicht schlichtweg für Ihre Fraktion bestreiten! Wenn es nicht so ist, warum machen Sie dieses Verfahren vorher? Es gäbe dann keinen Grund, darüber zu reden.

Meine Damen und Herren, das waren nun die beiden Punkte: zum ersten Beteiligung der Fachausschüsse, zum zweiten Straffung der Beratungen.

Ich meine, daß das von uns vorgeschlagene Verfahren sehr wohl dazu geeignet ist, beides zu erreichen, daß die Beteiligung der Fachausschüsse letztlich auch eine Stärkung des Budgetrechts des Parlaments bedeutet, daß es aber auch, so meine ich, das Ansehen des Parlaments in der Öffentlichkeit dadurch verstärken kann, daß die Haushaltsberatungen einmal auf einen Zeitraum konzentriert werden, in dem die gesammelte und geschlossene Aufmerksamkeit des Hauses und der Öffentlichkeit unserem nach wie vor bedeutendsten Recht, nämlich dem parlamentarischen Budgetrecht, gilt.

Ohne daß ich mir jetzt Illusionen darüber mache, daß unser Vorschlag Ihre Mehrheit findet — es ist ja im Ausschuß schon darüber entschieden worden —, bitte ich Sie doch, einmal zu überlegen, ob wir aus den von mir genannten Gründen nicht zu anderen Verfahren kommen müssen. Es sind durchaus Modifikationen in einem anderen Verfahren denkbar als das, was wir jetzt vorgeschlagen haben. Wir haben uns dabei an den Geschäftsordnungen etwa des Bundestages oder Nordrhein-Westfalens orientiert, wie sie dort einvernehmlich, also jeweils mit den Stimmen aller Fraktionen, wie es bei Geschäftsordnungen sein soll, verabschiedet worden sind. Es sind durchaus Variationen möglich. Welchen Weg aber Sie gehen wollen, wenn Sie die beiden von mir genannten Punkte ebenfalls ernst nehmen, das sollte noch einmal Gegenstand der Debatte sein. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, komme ich einem Wunsch der Fraktion der SPD nach und darf darauf hinweisen, daß im Anschluß an die Plenarsitzung sofort eine Fraktionssitzung stattfindet.

Nächste Wortmeldung, der Herr Kollege Gastinger. Bitte, Herr Kollege!

Gastinger (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf vorweg für meine Fraktion bemerken: Die bisherige Behandlung der Haushaltsvorlagen hat sich bewährt. Es besteht kein ersichtlicher Grund, von dieser Behandlung, wie in der Vergangenheit geschehen, abzuweichen.

Herr Kollege Loew, wir sind alle sicherlich der Auffassung, daß der Höhepunkt des Geschehens in einem Parlament die Verabschiedung des Haushalts ist. Geld ist nun einmal das politische Gestaltungsmittel. Ich teile aber nicht Ihre Auffassung, daß die Fachausschüsse nicht mit der gebotenen Mitverantwortung bei diesem Geschehen beteiligt würden.

(Abg. Loew: Sie werden überhaupt nicht beteiligt!)

— Herr Kollege Loew, Sie sagen die Fachausschüsse würden nicht beteiligt. Damit werten Sie unsere Fachausschüsse ab. Diese Ausschüsse sind keine Klagemauern, in denen die bayerischen Meisterschaften im Jammern durchgeführt werden. Die Fachausschüsse sind vielmehr über das Jahr mit Gesetzen und Anträgen beteiligt, die letzten Endes haushaltswirksam werden. Wenn wir alle immer wieder beklagen, daß wir ungefähr nur 3, 4 oder 5 Prozent frei verfügbare Mittel haben, dann geht doch daraus eindeutig hervor, daß wir das ganze Jahr über in den einzelnen Fachausschüssen haushaltswirksame Gesetze

und Anträge beschließen. Sie tun den Fachausschüssen nicht das Beste an, wenn Sie behaupten, sie wären von der Mitverantwortung für den Haushalt ausgeschlossen. Die rechtzeitige Zuleitung der Vorlagen an die Arbeitskreise in den Fraktionen und damit an die Fraktionen selbst gibt außerdem Gelegenheit genug, daß die Fachausschüsse die entsprechende Mitverantwortung erhalten.

An dieser Stelle muß auch einmal etwas zum Haushaltsausschuß selbst gesagt werden. Ich habe im Geschäftsordnungsausschuß Bismarck zitiert, wo es heißt: „Wer den Daumen auf dem Geldbeutel hat, der hat die Macht.“ Es gibt aber auch die normative Kraft des Faktischen. Sie besteht darin, daß der Haushaltsausschuß auch über nicht mehr Geld verfügen kann, als wir derzeit zur Verfügung haben. Ich war selbst vier Jahre in diesem Gremium und weiß, wie bitter und wie unangenehm es für die Kollegen des Haushaltsausschusses ist, in vielen Dingen nein sagen zu müssen, weil das Geld nicht vorhanden ist. Die Kollegen des Haushaltsausschusses sind ja auch keine finanzpolitischen Einsiedler, die irgendwo leben, sie haben vielmehr auch ihren Stimmkreis, sind in den Fraktionen tätig und leben keineswegs in einer Realitätsferne. Meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat eine Stellung, die gewollt ist. Er ist eine kritische Koordinierungsinstanz mit Entscheidungsbefugnis und hat die verschiedenen Interessenlagen zu berücksichtigen. Dabei soll es bleiben.

Herr Kollege Loew, Sie haben die anderen Länder angesprochen. Die meisten anderen Länder verfahren so wie wir in Bayern. Der Bund macht es anders; er gibt den anderen Ausschüssen aber auch nur das Recht, Empfehlungen auszusprechen und keine Beschlüsse fassen zu können. Ich meine, auch in Bayern bereiten wir die Haushaltsvorlagen sehr sorgfältig und gewissenhaft vor. Wir haben eine zweite Kammer. Wenn Sie aber andere Länder zitieren, dann überlegen Sie sich bitte auch, daß in anderen Ländern oft zwei und drei Nachtragshaushalte erlassen werden müssen, wobei oft keine Doppelhaushalte verabschiedet werden. Wir haben in Bayern Doppelhaushalte. Wann haben wir in der Vergangenheit mehr als einen Nachtragshaushalt gehabt? Das zeugt doch nur von einer gewissenhaften und sorgfältigen Arbeit, die bei der Verabschiedung des Haushaltsplans nicht nur im Haushaltsausschuß, sondern auch in den Fachausschüssen und in der Gremien der einzelnen Fraktionen geleistet wird.

Herr Kollege Loew, wenn wir vom Geld als politischem Gestaltungsmittel sprechen, dann muß die Entscheidung über das Haushaltsgesetz und die Einbringung der Haushaltspläne auch in das Plenum verlagert werden. Dort ist eine intensive Behandlung nötig. Warum soll nicht der einzelne Ressortminister z. B. in den Einzelplänen für Kultus, Landwirtschaft oder innere Sicherheit, die Grundzüge seiner Politik und politische Absichtserklärungen von sich geben?

(Beifall bei der CSU)

Daß Sie von der Opposition kein Interesse daran haben, verstehe ich. Wir als Regierungspartei verzichten aber nicht auf die Darstellung unserer politischen Absichten für die Zukunft.

(Beifall bei der CSU — Zuruf des Abg. Klasen)

Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich einmal das vor, was Sie beabsichtigen, nämlich das Gesamtwerk des Haushalts, die gesamten Einzelpläne in einer Sitzungswoche im Plenum zu verabschieden. Sprechen wir es deutlich aus: Manchmal wird schon gejammert, Sie sehen es an den leeren Rängen, wenn Debatten über einen Etat durchgeführt werden.

(Abg. Loew: Genau wie bei den Ministern!)

(Gastinger [CSU])

Das dauert drei oder vier Stunden. Wie sieht die Präsenz dabei aus? Überlegen Sie sich einmal, wie es dann ist, wenn ein Gesamthaushalt von Dienstag bis zum Freitag durchgeackert werden soll. Die Gefahr der Unterpräsenz und der Langeweile ist doch gegeben. Noch mehr: Die Intensität der Beratung der Haushaltsvorlagen ist dabei nicht mehr gewährleistet. Das wäre der Bedeutung des Hauses nicht angemessen und wäre eine Herabwürdigung des Plenums.

(Beifall bei der CSU)

Wir waren in der Vergangenheit transparent, in jeder Beziehung offen und aufgeschlossen. Wir waren nicht in der Deckung, sondern in der Verantwortung. Dabei soll es auch für die Zukunft bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin König. Bitte, Frau Kollegin!

Frau König (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Gastinger, Sie bringen genau die umgekehrte Argumentation wie im Geschäftsordnungsausschuß. Dort ist eine längere Debatte darüber geführt worden, daß die Mehrheitsfraktion voller Mitleid darüber nachdachte, wie in Zukunft die Opposition mit ihrem eigenen Vorschlag werde leben können. Sie von der CSU, insbesondere Kollege Wilhelm, haben betont, daß gerade wir im Interesse der Opposition unmöglich zulassen könnten, wenn die Haushaltspläne nicht mehr wie bisher im Plenum behandelt werden. Jetzt sagen Sie plötzlich, es sei ganz verständlich, wenn wir es als Opposition nicht wollen, daß wir aber Verständnis dafür haben müßten, wenn Sie für die Minister Einbringungsreden beanspruchen.

Erster Vizepräsident Kamm: Frau Kollegin König, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Gastinger?

Frau König (SPD): Ja.

Gastinger (CSU): Frau Kollegin König, hätten Sie die Güte, die Interpretation meiner Ausführungen im Geschäftsordnungsausschuß so zu bringen, wie sie von mir gemacht wurden, ansonsten ich Ihnen empfehlen möchte, sich als orientalische Märchenerzählerin bei Radio Bagdad anzumelden?

(Heiterkeit — Abg. Loew:
Eine beispielhafte Zwischenfrage!)

Frau König (SPD): Märchenerzähler ist ja ein qualifizierter Job. Meistens hat man dann ein ziemlich gutes Gedächtnis. Herzlichen Dank für das Kompliment!

Die Argumentation der Mehrheitsfraktion hat sich von Anfang dieser Woche, wo der Geschäftsordnungsausschuß tagte, bis zum heutigen Tage genau um 180 Grad gedreht.

(Abg. Klasen: Nicht jeder kann das zu jeder Zeit!)

Damals das große Mitleidsgetue um die Opposition, jetzt plötzlich der Hinweis, Sie hätten Verständnis dafür, wenn wir es ungern sehen, daß die Minister ihre Einbringungsreden halten.

Unser Argument ist ein anderes, gar nicht so sehr ein Opposition - Mehrheit - Argument. Ich frage mich nämlich, ob es von der Logik her überhaupt hinnehmbar ist, wenn ein Haushaltsausschuß, also ein Parlamentsgremium, darüber beschließt, wie die Haushaltsvorlage ins Plenum kommt, und wenn dann nicht der Haushaltsausschußvorsitzende oder sonstwer eine Einbringungsrede hält, sondern ein Minister, obwohl es nicht mehr der Haushalt ist, den er selber eingebracht hat. Ich gehe davon aus, daß der Haus-

haltsausschuß ab und zu doch auch einmal etwas ändert. Das Ganze soll etwas mit dem Budgetrecht des Landtags zu tun haben! Da verschwimmen doch völlig die Grenzen; die Debatten werden dementsprechend langweilig und uninteressant. Die Ränge sind nicht deswegen so leer, weil die Debatten so lange dauern, sondern weil es tödlich langweilig ist, wenn jemand eine zweieinhalbstündige Rede hält, die überhaupt nichts mit den konkreten Einzelentscheidungen über den Haushalt zu tun hat.

Herr Kollege Gastinger, Sie haben als zweites Argument gebracht, daß wir das schon immer so getan haben und daß sich das bewährt habe. Das ist ein Argument, das ich in den letzten vier Jahren von der Mehrheitsfraktion sehr häufig gehört habe, es ist aber kein inhaltliches Argument. Es handelt sich um den alten Spruch von den alten bayerischen Verwaltungsrichtlinien. Wenn Ihnen sonst nichts zur Verteidigung der Regelung einfällt, überzeugt mich das nicht.

Natürlich sind bisher die anderen Ausschüsse beim Haushaltsplan nicht beteiligt. Das ganze Jahr über wird bei jedem Einzelantrag der Fachausschuß gefragt. Wenn er haushaltsrelevant ist, geht er anschließend in den Haushaltsausschuß. Die Federführung behält damit sehr wohl der Haushaltsausschuß. In dem Moment, wo ich aber Schwerpunkte innerhalb des Haushaltsansatzes bringen könnte, wo ich überdenken könnte, ob ich nicht mit neuen Ansätzen arbeiten sollte, genau dann ist der Fachausschuß obskurerweise nicht gefragt. Die Koordinierung in den Fraktionen klappt natürlich auch bei Ihnen nicht. Jeder von Ihnen gibt ja in einem Privatgespräch zu, daß das in der Fraktionssitzung nicht über die Bühne gehen könne, daß die Koordinierung zwischen Fachausschüssen und Haushaltsausschuß de facto nicht stattfindet. Dies ist der Mangel am bestehenden Verfahren, weswegen wir unseren Antrag eingebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Wengenmeier. Bitte, Herr Kollege!

Wengenmeier (CSU): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Erstens. Vor gut einem Jahr hat hier im Maximilianeum, drüben im Plenarsaal des Senats, der Rechnungsprüfungsausschuß des Europäischen Parlaments mit den Präsidenten und Fachleuten der Rechnungshöfe in der EG eine viertägige Klausurtagung gehalten. Bei dieser Klausurtagung dieses Parlamentsausschusses des Europäischen Parlaments war auch der frühere Kollege Volkmar Gabert anwesend; er war jahrelang Mitglied des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags. Dort ist der Bayerische Landtag vom Rechnungsprüfungsausschuß des Parlaments und von den Rechnungshöfen wegen seiner guten, detaillierten, öffentlichen Beratung des bayerischen Staatshaushalts geradezu als muster-gültig gelobt worden, nachzulesen in den einschlägigen Protokollen.

(Hört! Hört! bei der CSU — Zuruf von der SPD)

— Man soll nur über etwas reden, wovon man etwas versteht.

(Heiterkeit bei der CSU)

Zweitens möchte ich folgendes festhalten. Meine Damen und Herren der Opposition, sprich: der SPD, im Bayerischen Landtag! Wenn Sie von Straffung der Haushaltsberatungen reden, dann meinen Sie damit sicherlich auch eine zeitliche Verkürzung der Haushaltsberatungen.

(Abg. Dr. Wilhelm: Genau das wundert mich!)

Ja, meine Damen und Herren, das ist genau das Gegenteil von dem, was wir unter genauer, offizieller Beratung des Haushalts verstehen. Oberstes Recht eines Parlaments ist

(Abg. Wengenmeier [CSU])

das Budgetrecht. Und das wollen Sie durch eine Straffung beschneiden, mindestens zeitlich.

(Zuruf des Abg. Klasen)

Wenn Sie dieser Selbstkastration des Bayerischen Landtags beim Budgetrecht das Wort reden wollen, dann ist das Ihre Sache, nicht die unsrige.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden dagegen sein, weil wir meinen, daß sich das Parlament gerade in finanziell schwierigen Zeiten in besonderem Maße mit den Finanzen dieses Staates, d. h. mit den Steuergroschen unserer Bürger zu befassen hat. Wir sind hier nur Vertreter des Volkes. Wir entscheiden hier im Auftrag unserer Wähler über das Geld unserer Wähler, und wir wollen uns Zeit dafür nehmen, dies gründlich zu tun und gründlich zu beraten.

(Abg. Klasen: Wer ist wir? Der Haushaltsausschuß?
Gegenruf des Abg. Dr. Wilhelm: Das Parlament!)

— Das Parlament, Herr Kollege Klasen! Ich habe gedacht, Sie sind schon lange genug in diesem Parlament, um zu wissen, daß das Parlament letzten Endes entscheidet,

(Abg. Klasen: Na also!)

und ich habe gedacht, Sie sind lange genug in diesem Parlament, um zu wissen, daß es bei der Beratung der Einzelpläne und bei ihrer Verabschiedung eine Vielzahl von Änderungsanträgen in der letzten Lesung gegeben hat. Falls Sie sich nicht mehr daran erinnern können, lassen Sie es sich von mir gesagt sein.

(Abg. Klasen: Ich weiß aber auch, was mit denen passiert!
— Zuruf der Frau Abg. König)

Drittens. Sämtliche ausgaben- und einsparungsrelevanten Anträge, die hier im Bayerischen Landtag, von wem auch immer, eingebracht werden, gehen durch die Fachausschüsse. Wenn ich an die Vielzahl von Anträgen zur Haushaltsberatung, zu den 14 Einzelplänen insgesamt, denke, die auch von der Opposition — ich gehe davon aus, auch innerhalb Ihrer Fraktion unter sachverständigen Gesichtspunkten — gestellt werden, kann man wirklich nicht mehr die Behauptung aufstellen, daß sich die sogenannten Fachleute damit nicht insbesondere beschäftigt hätten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir sind der Auffassung, daß sich das bisherige System der Beratung des Staatshaushalts, der 14 Einzelpläne, im Bayerischen Landtag bewährt hat, und wir sollten am Bewährten festhalten.

Herr Kollege Loew und meine Damen und Herren von der Opposition, jetzt kommt ein Viertes hinzu, und damit möchte ich meine Ausführungen schließen, nämlich die Tatsache, daß wir in Bayern, nicht immer unumstritten, das gebe ich zu, das System der Doppelhaushalte eingeführt haben. Man kann sicherlich geteilter Meinung darüber sein, ob sich die Doppelhaushalte bewährt haben. Wir sind der Meinung und sind davon überzeugt, daß sie sich bewährt haben. Sie haben nämlich den ganz großen Vorteil, daß die durchgängige Bewirtschaftung der Steuergelder, die das Parlament genehmigt hat, besser ist als bei jährlichen Einzelplänen.

(Vereinzelter Beifall bei der CSU)

Wir haben hierzu, und das bitte ich auch feststellen zu dürfen, auch das Instrumentarium der Verpflichtungsermächtigungen auf eine Weise im bayerischen Staatshaushalt zur Geltung gebracht, wie es in vergleichbaren anderen Haushalten nicht der Fall ist. Damit ist die Gewähr

gegeben, daß gerade im Investitionsbereich, aber auch im kommunalen Finanzausgleich, die Bewilligung durch die Staatsregierung, sprich: die Ministerien, in einer zeitlichen Abfolge vorgenommen werden kann, wie es nur beim System des Doppelhaushalts möglich ist. Ich bitte also, uns abzunehmen, daß wir davon überzeugt sind, man sollte beim bisherigen System bleiben, und daher Ihren Antrag nicht akzeptieren können.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Hier hat die Frau Kollegin König als Berichterstatterin beantragt, zifferweise abzustimmen. Nach Rücksprache mit ihr ist sie bereit, über die Ziffern 1 bis 4 insgesamt und dann über Ziffer 5 getrennt abstimmen zu lassen.

Ich lasse abstimmen über die Ziffern 1 bis 4 des Antrags. Der Ausschuß hat die Ablehnung des Antrags empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke! Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Die Ziffern 1 bis 4 des Antrags sind mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

Jetzt komme ich zur Abstimmung über Ziffer 5 des Antrags. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. — Stimmenthaltungen? — Bei gleichem Abstimmungsverhalten wie zuvor ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf den Punkt 11a der Tagesordnung:

Wahl von nichtberufsrichterlichen Mitgliedern und Stellvertretern des Verfassungsgerichtshofs

Gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof sind vom Landtag 15 nichtberufsrichterliche Mitglieder und Stellvertreter für die laufende Legislaturperiode zu wählen. Auf die Fraktion der CSU entfallen zehn, auf die Fraktion der SPD fünf Mitglieder.

Von der Fraktion der CSU wurden als Mitglieder benannt: Sepp Prentl, Hugo Ohliger, Karl Schäfer, Wilhelm Winkler, Dr. Richard Hundhammer, Paul Diethel, Hanns-Martin Schmidramsl, Erich Sauer, Rudi Daum, Georg Fendt.

Als Stellvertreter wurden benannt: Hans Winklhofer, Josef Spichtinger, Roland-Friedrich Messner, Peter Widmann, Franz Krug, Gerhard Wachter, Dr. Herbert Kempfle, Dr. Karl Lautenschläger, Siegfried Möstlein, Dr. Rudi Richter.

Von der Fraktion der SPD wurden als Mitglieder benannt: Dr. Helmut Meyer, Klaus Hahnzog, Heinrich Stranker, Dr. Gerd Sturm, Professor Suhr.

Als Stellvertreter: Dr. Dieter Mronz, Dr. Herbert Heinritz, Dr. Dietmar Habermeyer, Herbert Günlein, Alfred Ledertheil.

Wer der Wahl der vorgeschlagenen nichtberufsrichterlichen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs und deren Stellvertreter zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. — Stimmenthaltungen? — Bei Stimmenthaltung von Betroffenen einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 11b:

Neuwahl eines berufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Der Herr Ministerpräsident teilt mit Schreiben vom 28. November 1982 mit, daß der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht München, Karl Streicher, mit Ablauf des Monats November 1982 in den Ruhestand getreten ist und gleich-

(Erster Vizepräsident Kamm)

zeitig auch aus seinem Amt als berufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs ausschied. Im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs schlägt der Herr Ministerpräsident vor, als Nachfolger für Herrn Streicher in seinem Amt als berufsrichterliches Mitglied den Richter am Oberlandesgericht München, Ernst Karmasin, zu wählen.

Wer mit der Wahl des Herrn Ernst Karmasin zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. — Stimmenthaltungen? — Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD so beschlossen.

Ich rufe auf den

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Rothmund, Dr. Seebauer, Dorsch und Langenberger und Fraktion betreffend Verkauf der Firma Grundig an Thomson-Brandt (Drucksache 10/112)

Wird der Dringlichkeitsantrag begründet?

(Abg. Dorsch: Ja!)

— Der Dringlichkeitsantrag wird begründet. Herr Kollege Dorsch, bitte!

Dorsch (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion soll der Landtag beschließen:

1. Der geplante Verkauf der Firma Grundig an den französischen Konzern Thomson-Brandt darf wegen der damit verbundenen Gefahren für die Zukunft der gesamten deutschen Elektronik-Industrie und deren Arbeitsplätze nicht vollzogen werden.
Aus diesem Grund und wegen der damit verbundenen Wettbewerbsverzerrungen wird die Staatsregierung aufgefordert, in notwendigen kartellrechtlichen Verfahren ein Fusionsverbot zu erreichen.
2. Die Staatsregierung wird beauftragt, Verhandlungen über eine Kooperationslösung auf europäischer Ebene zu führen, die das Weiterbestehen der deutschen Unternehmen absichert.

Ich verweise zur Begründung dieses Antrags auf die einschlägige Debatte am 9. Dezember im Wirtschaftsausschuß. Dort war man sich grundsätzlich einig, daß gegen den geplanten Verkauf der Firma Grundig an den französischen Staatskonzern Thomson-Brandt alles Erdenkliche getan werden muß, um den verheerenden Folgen in Form des drohenden Verlustes von 26 000 Arbeitsplätzen in Bayern wirksam zu begegnen. Ursächlich für diese große Sorge sind die Marktsituation und die vorhandenen europäischen Produktionskapazitäten im Zusammenhang mit den japanischen Billigimporten für den gesamten Fertigungsbereich der Firma Grundig, die eine Marktberreinigung zu Lasten der Arbeitsplätze der Firma Grundig befürchten lassen.

Die Firma Grundig ist in Süddeutschland ein bedeutender Arbeitgeber für hochqualifizierte Mitarbeiter — im Management, in der Forschung und Entwicklung sowie in der Technik.

Es liegt nahe, daß auch diese Arbeitsbereiche in absehbarer Zeit Gegenstand von Rationalisierungsüberlegungen mit einer Verlagerung zum Hauptgesellschafter Thomson-Brandt werden. Außerdem hat sich eine Reihe von Zulieferfirmen der Firma Grundig mit ihren Erzeugnissen auf die Wirtschaftskraft der Firma Grundig verlassen, so daß zu befürchten ist, daß auch dort Arbeitsplätze in Gefahr geraten.

Mit dem Geschick der Firma Grundig sind also viele Familien unmittelbar und mittelbar verbunden. Deren und unsere tiefe Sorge um den Fortbestand der Firma Grundig bedrückt um so mehr, als in Zukunft eine alternative Beschäftigungsmöglichkeit für die Betroffenen nicht erkennbar ist.

Konkret verbinden sich mit dem geplanten Aufkauf der Firma Grundig durch Thomson-Brandt — es ist keine Fusion und schon gar keine Kooperation, sondern ein Ausverkauf der Firma Grundig — folgende Befürchtungen:

1. Es gibt dann in Deutschland kein namhaftes Unternehmen mehr auf diesem Markt.
2. Die technische Entwicklung und das Know-how des Videomarktes wandern ab.
3. Der französische Staatskonzern wird sich im Zweifelsfall immer für die französischen Arbeitsplätze entscheiden.
4. Mögen auch die Betriebsstätten oder Werke der Firma Grundig über einige Zeit erhalten bleiben, das Unternehmen Grundig wird zweifellos untergehen.

Daß in einer solchen Situation Landtag und Staatsregierung besonders gefordert sind, ergibt sich aus der obersten Grundlage ihres Handelns, nämlich der Bayerischen Verfassung. Sie bestimmt in Artikel 103 Absatz 2, daß Eigentumsgebrauch auch dem Gemeinwohl zu dienen habe, verbietet in ihrem Artikel 156 die Kartell- und Konzernbildung, spricht in ihrem Artikel 157 davon, daß Kapitalbildung nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft zu sein habe, und verpflichtet durch ihren Artikel 158 das Eigentum gegenüber der Gesamtheit. Nach unserer Verfassung hat ferner die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dem Gemeinwohl mit der Maßgabe zu dienen, daß die wirtschaftliche Freiheit ihre Grenzen in der Rücksicht auf den Nächsten findet und die selbständigen Klein- und Mittelstandsbetriebe gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen sind. Ähnliches gilt nach Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes sowie nach seinem Artikel 74 Nummer 16, wonach vor Mißbrauch wirtschaftlicher Macht staatlicherseits zu schützen ist.

Weil, wie es in Artikel 166 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung heißt, Arbeit die Quelle des Volkwohlstandes ist und unter dem besonderen Schutz des Staates steht, bitte ich Sie, meine Damen und Herren, um Zustimmung zu dem in Rede stehenden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Damit ist der Dringlichkeitsantrag begründet. Wortmeldungen? — Herr Staatssekretär von Waldenfels, bitte!

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Dringlichkeitsantrag gibt mir Gelegenheit, noch einmal die grundsätzliche Linie, die die Bayerische Staatsregierung verfolgt, darzustellen. Der Wirtschaftsminister hat sie am 9. Dezember im Wirtschaftsausschuß dargelegt; der bayerische Ministerpräsident hat sie in verschiedenen Äußerungen zu diesem Thema bekanntgegeben.

Uns geht es darum, Herr Kollege Dorsch, — ich glaube, das ganze Hohe Haus ist hier einer Meinung —, die Arbeitsplätze im Bereich der Unterhaltungselektronik, um das Thema zu erweitern, insgesamt zu erhalten. Was müssen wir als Politiker tun — das gilt nicht nur für Bayern, sondern für die Bundesrepublik insgesamt —, um diese Arbeitsplätze zu erhalten?

Ich teile die Sorgen, die hier zum Ausdruck kommen, daß es möglicherweise durch eine Übernahme von Grundig durch den großen französischen Konzern Thomson-Brandt zu Verschiebungen im Arbeitsmarktbereich kommen kann, die

(Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels)

wir nicht wollen. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, — mit Genehmigung des Herrn Präsidenten — aus einer Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten in Paris vom 7. Dezember zitieren:

Wir haben zur Zeit das schwerwiegende Thema, daß einer der größten deutschen Elektrokonzerne, Grundig, in einigen Jahren nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Trotz grandioser Leistungen wird er in einigen Jahren vom Markt verschwinden, wenn er nicht in einen größeren Verbund sich einreicht, und deshalb bin ich der Meinung: Wir brauchen in Europa einen Elektrokonzern, der die Größenordnungen unserer japanischen Konkurrenten einigermaßen darstellt. Sonst werden wir unterliegen.

Soweit das Zitat aus der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten in Paris. Das ist auch die Linie, auf der wir uns in den letzten Wochen und Monaten bei den verschiedensten Verhandlungen bewegt haben. Der bayerische Wirtschaftsminister hat mit allen Beteiligten in den letzten Wochen und Monaten gesprochen: mit den Vertretern des französischen Konzerns Thomson-Brandt und mit anderen möglichen Übernehmern.

Ich darf Ihnen vielleicht hier sagen, daß wir Herr Kollege Dorsch, allein mit dem Zitieren der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes Arbeitsplätze nicht werden erhalten können. Unser Problem ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und dauerhaft Arbeitsplätze in unserem Lande ohne Emotionen konkurrenzfähig zu halten. Das gilt insbesondere für Grundig, der ja auch im Grenzland einiges an Arbeitsplätzen geschaffen hat. Heute findet ein entscheidendes Gespräch für eine Alternativlösung statt. Die Firmen Siemens, Bosch — Sie kennen die möglichen anderen Übernehmer — sind dabei, im Wege der Verhandlung eine mögliche andere Konzeption aufzubauen, die wir begrüßen würden. Ich sage ausdrücklich, daß wir eine deutsche Lösung einer französisch-deutschen Kooperation vorziehen würden. Aber die Möglichkeiten, die die Bayerische Staatsregierung hat, sind begrenzt. Sie wissen, daß nur über das Kartellrecht eine Einwirkung möglich ist. Wir werden unsere wettbewerblichen Bedenken dem Bundeswirtschaftsminister mitteilen und auf die gesamtwirtschaftliche Bedeutung einer solchen möglichen Fusion hinweisen. Eine wie immer geartete Zusammenarbeit auf deutscher oder europäischer Ebene darf nicht dazu führen, daß es in Bayern zu massiven Arbeitsplatzverlusten kommt.

Die Entscheidung, die in diesen Tagen zwischen Grundig und möglichen Bewerberunternehmen ansteht, kann von uns nicht anders beeinflußt werden als durch die Darstellung seitens der Bayerischen Staatsregierung aus wirtschaftspolitischer Sicht auch im Hinblick auf das Zonenrandgebiet. Wir haben in den vergangenen Wochen alles getan, um unsere Meinung bei den Verhandlungen mit der Konzernspitze deutlich zu machen. Wir hoffen sehr, daß es uns gelingt, zu einer größeren deutschen Lösung zu kommen. Ich begrüße deswegen auch den Dringlichkeitsantrag, damit man in den Ausschüssen darüber noch einmal reden kann. Denn die Sorge um den Erhalt der international wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze in Bayern verbindet uns in diesem Hohen Hause alle gemeinsam.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Keine weitere Wortmeldung mehr. Ich schlage vor, den Dringlichkeitsantrag an den

Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr und an den Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik zu überweisen. Damit ist das Hohe Haus einverstanden.

Dieser Dringlichkeitsantrag ist gemäß § 66 Absatz 2 der Geschäftsordnung behandelt worden. Ebenso sind nach § 66 Absatz 2 der Geschäftsordnung auch die übrigen während der Vollsitzung noch eingegangenen Dringlichkeitsanträge zu behandeln.

Ich rufe auf den

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Rothmund, Karl Heinz Müller, Burkel und Fraktion der SPD betreffend Mietrechtsänderungsgesetz (Drucksache 10/110)

Wir der Antrag begründet? — Das ist der Fall. Bitte, Frau Kollegin Burkel!

Frau **Burkel** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den von der Bundesregierung eingebrachten Mietrechtsänderungsgesetzen im Bundesrat nicht zuzustimmen.

Über die Sozialdemokratische Pressekorrespondenz hat die SPD bereits am 23. November 1982 die Staatsregierung aufgefordert, der Änderung des Miet- und Wohngeldrechts im Bundesrat nicht zuzustimmen. Der Grund dafür war damals, daß aufgrund der Koalitionsabreden der CDU/CSU mit der FDP die vorgesehenen Veränderungen erkennen ließen, daß diese für die Mieter, insbesondere in den Ballungsgebieten und ihrer Umgebung, katastrophale Auswirkungen haben würden.

Wir haben damals in der spk eingehend aufgeführt, worum es uns geht. Da aber letzten Freitag im Bundestag das Gesetz beschlossen wurde und bereits morgen im Bundesrat darüber verhandelt werden soll, haben wir uns genötigt gesehen — der Herr Bundeswohnungsbauminister hat unsere Änderungen leider nicht aufgenommen —, den Dringlichkeitsantrag einzureichen.

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat fünf vor zwölf. Die Überweisung des Dringlichkeitsantrages an die Ausschüsse wäre schon zu spät. Es muß also heute noch über den Dringlichkeitsantrag abgestimmt werden. Ich meine, daß die Zustimmung zu diesem Antrag der CSU-Fraktion genauso leicht fallen sollte wie uns. Ich muß sicher nicht ins Detail gehen; denn Sie haben gehört und gelesen, und diejenigen, die mit Mietern zu tun haben, wissen aus erster Hand, wo die Probleme liegen.

Außerdem hat Herr Ministerpräsident Strauß in seiner Regierungserklärung am 18. November, also noch nicht einmal vor vier Wochen, festgestellt — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten wörtlich zitieren —:

Für kinderreiche und junge Familien, für die alten Menschen, für Aussiedler und Schwerbehinderte stehen weiterhin viel zu wenig preiswerte Wohnungen zur Verfügung.

Diese Feststellung des Herrn Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung war richtig. Wichtig ist aber auch, daß die vom Bundeswohnungsbauminister vorgesehene Mietrechtsänderung den Bestand an preisgünstigen Wohnungen drastisch reduzieren würde. Wenn der Herr Ministerpräsident feststellt, daß wir viel zu wenig preiswerte Wohnungen haben, dann ist das sicher keine einfach so dahingesagte Feststellung, sondern eine Aussage mit dem Bestreben — wie ich annehme —, die Verhältnisse zu verbessern.

(Burkei [SPD])

Mit unserem Dringlichkeitsantrag, mit unserer Bitte, dem Gesetz im Bundesrat seitens der Bayerischen Staatsregierung nicht zuzustimmen, wollen wir erreichen, daß sich die Situation nicht verschlechtert. Die SPD-Fraktion will also zusammen mit Ihnen, Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, der Bayerischen Staatsregierung für morgen eine Rückenkstärkung durch das Parlament geben, damit sie im Bundesrat der Gesetzesänderung nicht zustimmt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz feststellen, es ist kein Hirngespinnst oder eine Angstmacherei der SPD, daß die Verabschiedung des Miet- und Wohngeldrechts zu ganz eklatanten Mieterhöhungen führen würde. Der Umwandlungsspekulation würde Tür und Tor geöffnet. Die Staffelmiete würde die Mieter in große seelische, weil finanzielle, Schwierigkeiten bringen. Seelische Schwierigkeiten ergäben sich deswegen, weil wir wissen, wie unsere Bürger sind. Sie leben nicht von der Hand in den Mund, sondern machen sich Gedanken, ob sie das noch bezahlen können. Unsere Bürger sind nicht oberflächlich. Die Schwierigkeiten entstünden, weil die Neubaumieter sich auf Jahre hinaus per Unterschrift mit Mieterhöhungen einverstanden erklären müßten. Sie müßten aus einer Notlage heraus einen Blankoscheck unterschreiben, weil sie gar nicht wissen, wie sich ihr Einkommen entwickelt. Sie wissen auch nicht, wie sich die Lebenshaltungskosten erhöhen werden. Auf der anderen Seite können sie heute schon absehen, daß viele individuelle Hilfen — ich nenne nur das BAFöG — gestrichen werden. Das bedeutet einen dreifachen Angriff auf das Budget der Familie. In dieser Situation wird die Unterschriftsleistung für automatische Mieterhöhungen verlangt.

Für die Mieter in Altbauwohnungen gilt es noch viel schlimmere Auswirkungen einer Staffelmiete zu verhindern. Man könne dagegen argumentieren — das war auch schon der Fall —, daß Mieter in einem Althausbesitz mit einer Staffelmiete einverstanden sein müssen, ansonsten kann man sie gar nicht einführen. Wir wissen doch selber, daß das nur Theorie ist. In der Praxis sieht das ganz anders aus.

(Zuruf von der CSU: O mei, o mei!)

— Wenn Sie da lachen — ich kenne Sie noch nicht —, dann kommen Sie vielleicht nicht aus einem Ballungsgebiet oder seiner Umgebung und kennen die Praxis nicht. Nehmen Sie es mir nicht übel, aber dann sollten Sie sich informieren. Wenn nämlich der Mieter in seiner Notlage nicht unterschreibt, wie lange kann er dann wohl noch in der Wohnung bleiben? So sehen die Tatsachen aus. Es handelt sich wirklich um keine Angstmacherei der SPD. Uns bewegt die echte Sorge um unsere Mieter. Es ist unsere aufrichtige Überzeugung, wenn die Mietrechtsänderung, so wie sie in der letzten Woche vom Bundestag verabschiedet worden ist, Rechtskraft erhalten würde, hätte sie tiefgreifende, von uns nicht hinnehmbare Folgen für die Mieter. Daß unsere Ansicht bittere Wahrheit ist, zeigt, daß sich auch der Mieterverein vehement gegen die Mietrechtsänderung gewandt hat. Sie können sich denken, daß es ohnehin Aufgabe des Mietervereins ist, dagegen zu sein. Gut, es hat sich aber nicht nur der Mieterverein gegen diese Änderungen gewandt, sondern eine breite Schar kompetenter Leute und Institutionen. Der Verband der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft hat ebenfalls erhebliche Bedenken angemeldet.

Der Deutsche Städteverband führt hinsichtlich der Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen folgendes aus — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten nur einen Absatz zitieren —:

Der Gesetzentwurf sieht für Umwandlungsfälle weder die Einführung eines

Vorkaufsrechts für Mieter noch die Verlängerung der Sperrfrist für Eigenbedarfskündigungen vor. Angesichts der gravierenden Verdrängungsprobleme, die in Ballungsgebieten aus den Umwandlungsfällen resultieren, bittet der Städteverband dringend, für Umwandlungsfälle sowohl die Einführung des Vorkaufsrechts für Mieter als auch die Sperrfristverlängerung für Eigenbedarfskündigungen von 3 auf 5 Jahre weiter zu verfolgen.

Das ist die Stellungnahme des Deutschen Städteverbands, meine Damen und Herren, nicht etwa die Meinung der SPD. Wenn es nach uns ginge, würden wir sogar ein Umwandlungsverbot für die Ballungsgebiete fordern. Neben dem Deutschen Städteverband hat sich auch der Bayerische Städteverband unter dem Vorsitz Ihres CSU-Parteifreundes Deimer dagegen gewandt und Bedenken angemeldet. Sie könnten jetzt natürlich darauf verweisen, daß Herr Deimer schon öfters eine andere Auffassung vertreten hat als die übrige CSU. „Okay“ möchte ich da auch wieder auf gut bayerisch sagen.

(Allgemeine große Heiterkeit)

— Ich bin jetzt wirklich froh, daß ich Sie wenigstens zum Lachen gebracht habe, nachdem meine Ausführungen bisher bei Ihnen noch keine Proteste hervorgerufen haben. Hoffentlich werden Sie unserem Antrag zustimmen. Darauf habe ich mich schon gefreut. Ich möchte mich ja nicht in Ihre parteiinternen Meinungsverschiedenheiten einmischen, aber als Vorsitzender des Bayerischen Städteverbandes spricht Herr Deimer doch nicht pro domo, sondern für alle Gemeinden, und in diesem Fall wohl überlegt.

Als letztes darf ich hier noch eine mahnende Stimme zitieren, von der ich hoffe, daß zumindest diese für Sie kompetent sein wird, wenn es schon die anderen bisher nicht waren. Es ist nämlich die Stimme des CSU-Bezirksvorsitzenden Erich Kiesel, seines Zeichens auch Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München. Er hat nach Bonn geschrieen. Der Schriftwechsel ist sehr vielseitig und wurde ja bekanntlich auch veröffentlicht. Nach vielen Ankündigungen und Presseerklärungen ist er schließlich nach Bonn gefahren und hat dort den Standpunkt der Landeshauptstadt München Punkt für Punkt vorgetragen. Aus dieser seitenlangen Stellungnahme des Oberbürgermeisters und CSU-Bezirksvorsitzenden Kiesel möchte ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

Auch denen, die mit Umwandlung von Haus- in Wohnungseigentum ihr Geld verdienen, will der Oberbürgermeister einen Riegel verschieben. Nach seinen Vorschlägen soll nämlich der bisherige Mieter der Wohnung ein Vorkaufsrecht erhalten und außerdem durch eine Verlängerung der Kündigungsfrist auf fünf Jahre vor Eigenbedarfskündigung geschützt sein.

In den Gesetzen ist das alles aber nicht berücksichtigt worden. Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, daß es hier nicht nur um die Landeshauptstadt München, sondern um alle bayerischen Ballungsgebiete geht; ebenso um die ganze engere und weitere Umgebung, die in derselben Situation ist. Nachdem Ihr Parteifreund und Münchner Oberbürgermeister Erich Kiesel in Bonn nicht erfolgreich war, hat noch am letzten Freitag im Münchner Rathaus ein Hearing zu den einschlägigen Gesetzen stattgefunden. Vielleicht haben Sie es gelesen.

(Abg. Loew: Das war ein Nachhearing!)

(Burkei [SPD])

— Herr Kollege Loew, Sie sagen es und geben mir damit das Stichwort. Es war schon irgendwie komisch, wenn man bedenkt, daß die Gesetze am Vormittag beschlossen worden sind und am Spätnachmittag ab 17 Uhr dann ein Hearing mit sogenannten Experten und Betroffenen im Münchner Rathaus stattgefunden hat. Ehrlicherweise sollte man aber zugeben, daß das nur noch eine Politschau war, denn die dort ausgetauschten Argumente mußten doch bei Gott dem Herrn Bundeswohnungsbauminister schon aufgrund der vielen Briefe und Einwände bekannt gewesen sein. Es wäre ja noch schlimmer, wenn ein Gesetz beschlossen worden wäre, ohne dessen Inhalt und Auswirkungen im einzelnen zu kennen, wobei sowieso manches komisch ist, was ich hier aber nicht näher ausführen möchte, um Schärfe zu vermeiden. Hier geht es uns nämlich allein um die Verabschiedung unseres Antrags. Ich war bei dem besagten Hearing selbst anwesend und habe den Eindruck, daß dieses vielleicht eine Beruhigungspille für die Mieter hätte sein sollen. Es war aber keine Beruhigungspille. Glauben Sie mir. Die Mieter wurden dadurch nur aufgewühlt und verärgert. Man soll aber immer an das Gute im Menschen glauben, wenn es auch manchmal schwer fällt. Bei dem Hearing wurde gesagt, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. Dies wurde insbesondere betont, als die harten Angriffe auf die Gesetze erfolgten. Das letzte Wort ist demnach also noch nicht gesprochen. Gerade das läßt uns aber wieder hoffen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vielleicht wird mehrheitlich doch eine Änderung erreicht, wenn die CSU im Bundesrat morgen Einspruch erhebt.

Das vorgenannte Hearing machte noch einmal deutlich, wie berechtigt die Bedenken gegen die vom Wohnungsbauminister vorgesehene Mietrechtsänderung sind. Herr Vizitum vom Verband freier Wohnungsunternehmen hat dort zum Beispiel die Staffelmiete als „ersten Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet. Darauf kann man nur antworten: Nette Aussichten für die Zukunft. Also nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wenn das dieser Mann sagt, weiß man ja, daß alle Warnungen und Bedenken hinsichtlich der auf die Mieter zukommenden Entwicklung richtig waren.

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung ausgeführt, daß zur Demokratie die Opposition gehöre; wenn es sein müsse, eine harte Opposition. Wir von der Opposition, meine Damen und Herren von der CSU, möchten mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag der Staatsregierung im Interesse der Mieter durch Parlamentsbeschluß den Rücken stärken, damit sie bei den Beratungen im Bundesrat gegen die Mietrechtsänderungsgesetze ihr Veto einlegt. Verantwortungsvolle Regierungsarbeit bedeutet doch Gemeinsamkeit dort, wo es darauf ankommt, und einem Antrag gegebenenfalls auch dann zuzustimmen, wenn er von der Opposition kommt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bürger wartet darauf. Denken Sie daran, daß 80 Prozent der Wähler in unseren Gemeinden Mieter sind. Tragen Sie durch Ihre Abstimmung dazu bei, daß die Gewitterwolken am Mieterhimmel wieder abziehen, und lassen Sie von der rechten Seite Ihren CSU-Bezirksvorsitzenden und Münchner Oberbürgermeister Erich Kiesel nicht im Regen stehen. Der ist sowieso schon genug geduscht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich bitte um Zustimmung.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Matschl.

(Ah! bei der SPD — Abg. Dr. Wilhelm:
Was heißt das? Freut Euch doch!)

Dr. Matschl (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Loew: Sind Sie der Meinung des Herrn Kiesel oder nicht?)

Wir werden den Antrag der SPD ablehnen.

(Ah! bei der SPD — Glocke des Präsidenten)

Wir werden ihn ablehnen. Zunächst ist es ganz natürlich, einmal daran zu erinnern, daß das Mietrechtsänderungsgesetz nicht zustimmungspflichtig ist und deshalb die Beschlußfassung im Bundestag durch einen Einspruch des Bundesrats nicht aufgehalten werden kann. Der Einspruch kann vielmehr mit der Mehrheit der Mitglieder des Bundestags zurückgewiesen werden. Das muß man, glaube ich, deshalb sagen, um auch die Bedeutung Ihres Antrages richtig einschätzen zu können — die Bedeutung eines Antrags, der zum guten Teil deswegen gestellt ist, um Sie ein bißchen im anstehenden Wahlkampf zu unterstützen.

(Abg. Loew: Sind Sie der Meinung von Herrn Kiesel oder nicht?)

aber nicht, um das Los der Mieter zu bessern, wie Sie ausführen und glauben machen wollen. Es geht darum, etwas zu tun, was Sie dann vorweisen können, wohl wissend, daß ein solcher Antrag nichts an der Beschlußlage ändert; das wissen Sie.

Zweitens, meine Damen und Herren! Sie von der Opposition tun so, als hätte es nie einen Gesetzesbeschluß der alten Koalition vom 27. Mai dieses Jahres gegeben.

(Beifall bei der CSU)

Wäre Ihnen nicht die Macht entglitten, wäre sie Ihnen nicht aus den Händen genommen worden, dann würden Sie, meine Damen und Herren, das beschließen und beschlossen haben, nämlich eine Staffelmiete und eine Vereinfachung und Beschleunigung des Mieterhöhungsverfahrens und all diese Dinge.

(Frau Abg. Burkei: Im Altbau?! —
Abg. Loew: Das stimmt doch gar nicht!)

— Nun, gut. Wenn Sie von Staffelmiete im Altbau sprechen, möchte ich Ihnen etwas sagen; ich werde darauf gleich noch zu sprechen kommen. Da tun Sie so, als wäre dies sozusagen der casus belli. Meine Damen und Herren, Sie wissen genau, welche geringe Bedeutung die Möglichkeit des neuen Abschlusses von Staffelmietverträgen im Bestand überhaupt hat. Sie wissen sehr genau, welche geringe Bedeutung das hat, weil einmal eine solche Vereinbarung nur im Fall des Neuabschlusses möglich ist, weil zum anderen bestehende Mietverträge überhaupt nicht berührt werden und weil schließlich kein Mieter genötigt ist, sich darauf überhaupt einzulassen. Es ist einfach eine schlichte — wie soll ich es sagen?

(Abg. Karl Heinz Müller: Seien Sie vorsichtig!)

Frau Burkei, es ist eine schlichte Verdrehung der Tatsachen, wenn Sie sagen: Wenn der Mieter nicht unterschreibt, dann wisse er nicht, wie lange er dann noch in der Wohnung bleiben könne. Sehen Sie, das sind jene Formulierungen, die Sie anscheinend gebrauchen, um die Mieter zu beruhigen. Nein, Sie gebrauchen Sie, um die Mieter, die nicht in Sorge sind, in Sorge zu setzen. Sie setzen sie mit dergleichen Formulierungen in Sorge.

(Zustimmung bei der CSU —

Abg. Karl Heinz Müller: Das ist ungeheuerlich!)

— Mögen Sie das so ungeheuerlich finden, wie Sie nur wollen; das ist völlig gleich. Sie setzen die Mieter mit dergleichen Erklärungen in Sorge, in Angst.

(Dr. Matschl [CSU])

(Abg. Karl Heinz Müller:
Sie werden zittern, Herr Matschl!)

um damit die Ernte in die Scheune fahren zu können, die Sie sich erhoffen.

Aber dafür, daß es nicht so ist, ist der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Herr Jahn, selbst Kronzeuge. Er schreibt in seinem Vorwort zur Mieterbroschüre den Satz — ich zitier mit Genehmigung des Präsidenten —:

Der heutige Mieterschutz

— das sagt Herr Jahn, Präsident des Deutschen Mieterbundes —

ist offensichtlich besser, als viele Mieter wissen. Anders ist es nicht zu erklären, daß auch heute immer noch Mieter in Angst vor Kündigung ihres Mietverhältnisses leben.

Gerhard Jahn!

(Abg. Koch: Wann war denn das? —
Abg. Warnecke: Herr Matschl, haben Sie nicht auch eine Broschüre geschrieben?)

— In seiner Broschüre; lesen Sie es bitte nach!

Nun will ich Ihnen folgendes sagen, meine Damen und Herren. Am 27. Mai haben Sie im Mietrechtsänderungsgesetz eine Vereinfachung des Mieterhöhungsverfahrens nach dem Vergleichsmietensystem und eine Aktualisierung der Vergleichsmieten beschlossen. Sie haben die Zulassung von Staffelmietvereinbarungen für Wohnraum, der ab 1. Januar 1981 bezugsfertig wird, vorgesehen. Sie haben eine Regelung über Zeitmietverträge beschlossen; Sie haben eine Vereinheitlichung der Duldungspflicht des Mieters beschlossen. Das alles waren ja Ihre Beschlüsse vom 27. Mai 1982.

Meine Damen und Herren, da wir davon sprechen: Dieser Beschluß des Bundestages, gefaßt von der letzten Koalition, fiel ja nicht aus heiterem Himmel, sondern er hatte eine lange Vorgeschichte. Diese muß man kennen, um auch zu verstehen, was jetzt von der Koalition als Mietrecht beschlossen worden ist.

Da gab es am 17. Oktober 1974 eine einstimmige Erklärung des Deutschen Bundestages zu dem damals verabschiedeten Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz, in welcher der Bundestag aufgefordert wird, eine Gesetzgebung auf dem Gebiet des Mietrechts unter dem Gesichtspunkt der Kosten- und Marktorientierung zu betreiben. Der Bundestag hat die Bundesregierung beauftragt, einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen des Gesetzes vorzulegen.

Aber nun ist etwas ganz Sonderbares passiert, nämlich daß sich dieser Erfahrungsbericht vor der Bundestagswahl 1980 eine riesige Mühe gab darzulegen, daß es einen Zusammenhang zwischen Mietgesetzgebung und nachlassender Wohnungsbautätigkeit nicht gebe. Das hat damals dieser geschönte Bericht der Bundesregierung vor der Wahl 1980 ausgesagt. Aber nach dem 5. Oktober 1980 hat der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung vom 19. November 1980 einer stauenden Fachwelt mitgeteilt, daß zur Überwindung des Wohnungsmangels mehr Marktwirtschaft erforderlich sei. Vorher gab es diesen Zusammenhang nicht; aber am 19. November, nach der Wahl, hat Helmut Schmidt eben diesen Zusammenhang in seiner Regierungserklärung ausgesprochen und ihn zum Programm seiner Regierung erhoben.

Aufgrund der Regierungserklärung vom 19. November 1980 hat sich die damalige Koalition daran gemacht, ein neues Mietrecht zu gestalten und einen neuen Entwurf einzubringen. Das ist eben der Gesetzesbeschluß vom 27. Mai 1982 geworden. Meine Damen und Herren, das sind die Zusammenhänge.

Wir werden Ihrem Antrag schon deshalb nicht zustimmen,

(Frau Abg. Burkei: Weil er von uns ist!)

weil wir unter gar keinen Umständen etwa incidenter das billigen können oder dem beitreten können, was Sie nun in diesen Gesetzentwurf hineinlegen und was Sie zur Verunsicherung der Mieterschaft alles in die Welt setzen. Das ist ja ganz schlimm: 50 Prozent Mieterhöhungen würde es demnächst geben.

(Abg. Karl Heinz Müller: Wer hat das gesagt?)

— Ich glaube, das hat Ihr Herr Manfred Schmidt behauptet!

(Abg. Karl Heinz Müller: Wo? —
Abg. Vogele: Schöfberger!)

— Ihr Manfred Schmidt hat das behauptet! Der Schöfberger auch und, was weiß ich. Das wird ja ständig behauptet. Das ist so abgrundtief falsch und so irreführend, daß man —

(Abg. Karl Heinz Müller: Daß es einen so zusammenzieht, wie man das bei Ihnen sieht!)

— Ja, es ist schwer, da noch an die Gutgläubigkeit zu glauben.

(Abg. Karl Heinz Müller: Machen Sie es sich nicht schwerer, als Sie es eh schon haben! —
Abg. Klasen: Glauben Sie daran?)

— Eigentlich glaube ich das nicht.

(Abg. Klasen: Eben!)

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege Matschl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn von Heckel? —

von Heckel (SPD): Herr Kollege Matschl, sind Sie der Auffassung, daß Herr Oberbürgermeister Kiesel und die CSU-Fraktion im Münchner Stadtrat ihre Gegenvorschläge auch nur zur Verunsicherung der Münchner Mieter gemacht haben, oder sind Sie der Auffassung, daß sachliche Hintergründe dahinter stehen?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Matschl (CSU): Herr Kollege von Heckel, ich möchte auf diese Frage noch ganz kurz in anderem Zusammenhang eingehen; ich möchte Ihnen nur eines sagen. Hier macht der Bundestag ein Mietgesetz für das ganze Land.

(Abg. Loew: Nein, für die Vermieter!)

Wenn Sie so verfahren wollten, dann müßte man eigentlich zweierlei Mietrecht machen: eines für die Ballungsgebiete oder für die Landeshauptstadt München, wenn Sie so wollen, und eines, das im übrigen Rechtsraum gelten soll. Wenn Sie das so machen wollen, dann müßten Sie in dieser Richtung tätig werden, Herr Kollege von Heckel. Es geht jedenfalls nicht, daß man ein allgemeines Mietrecht nur mit Blick auf die Situation in einem begrenzten Teil unseres Bundesgebietes gestaltet.

(Abg. Loew: In Würzburg ist es genauso; das kann ich belegen!)

Ich bin im übrigen der Meinung, daß mit diesem Gesetz die Weiterentwicklung des Mietrechts insgesamt natürlich nicht abgeschlossen ist. Ich bin nicht der Meinung, daß damit ein Stillstand einträte oder es für alle absehbare Zeit bei einem nun getroffenen und beschlossenen

(Dr. Matschl [CSU])

Rechtszustand bleiben sollte. Die ganze Entwicklung, die ich kurz aufgezeigt habe, sagt es ja. Da hat es ein erstes Wohnraumkündigungsschutzgesetz und ein zweites gegeben; da hat es ein Gesetz zur Regelung der Miethöhe gegeben, und da hat es laufend Änderungen gegeben. Warum sollte mit diesem Gesetzesbeschluß nun ein Ende gefunden sein? Dieser Auffassung bin ich gar nicht.

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Schmolcke?

Dr. Matschl (CSU): Nein. — Ich würde Sie bitten, wann immer Sie draußen vor Mietern oder sonst in Versammlungen sprechen, sich einfach an den Gesetzestext zu halten;

(Abg. Loew: Oder an Ihre Ausführungen!)

das wäre hilfreich, wenn Sie den Mietern wenigstens vorlesen würden, damit sie wissen, was drinsteht, und sie sich selbst ein Urteil darüber bilden können, was von Ihren Behauptungen zu halten ist.

Deshalb haben wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier und heute keinen Anlaß, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat den Mietgesetzen, die morgen zur Beschlußfassung anstehen, zu widersprechen. Wir werden das nicht tun. Und wir werden — meine Damen und Herren, auch dies wollen Sie sich bitte gesagt sein lassen — bei allen Mietrechtsänderungen und Gesetzen auch im Auge behalten, daß es nicht nur um den Schutz derer geht, die jetzt eine Wohnung haben, sondern daß es Aufgabe der Wohnungspolitik ist, dafür zu sorgen, daß auch die eine Wohnung bekommen, die eine suchen. Sie haben ein sehr einfaches schematisches Denken: Die eine Wohnung haben, die sollen sie behalten; da soll sich nichts rühren; da soll keine Miete erhöht werden; da soll gar nichts geschehen. Aber kümmern Sie sich auch nur mit einer Maßnahme darum, was junge Familien tun, die eine Wohnung suchen?

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD)

Was tun Sie denn da? Nichts tun Sie! Wir haben leider einen gespaltenen Wohnungsmarkt, der die beati possedentes schützt, aber alle Wohnungsnachfrager benachteiligt.

(Zurufe von der SPD)

— Ist Ihnen das überhaupt noch nie aufgegangen, daß Sie alle Wohnungssucher auf einen schmalen und teuren Neubaumarkt drängen?

(Abg. Karl Heinz Müller: Ist doch nicht wahr!)

Und daß Sie nichts tun, um in den Wohnungsbestand etwas mehr Beweglichkeit zu bringen?

(Abg. Karl Heinz Müller: Zinserhöhungen — Abgabe!)

Sie werden das einfach nicht begreifen. Aber diese Überlegung war es nicht zuletzt, die Ihren früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung bewogen hat,

(Abg. Karl Heinz Müller: Stimmt doch nicht!)

mehr Marktwirtschaft in den Wohnungsmarkt einkehren zu lassen, damit alle — auch die, die jetzt vor der Tür draußen stehen — eine Chance haben, zu einer geeigneten Wohnung zu kommen. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Müller.

Müller Karl Heinz (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Matschl, uns hat es nicht überrascht, daß Sie uns angekündigt haben, Sie

würden unseren Antrag ablehnen. Aber wir werden Sie nicht ganz so leicht aus Ihrer Verantwortung für das entlassen, was sich in den kommenden Wochen und Monaten auf dem Mietwohnungsmarkt abspielen wird. Man braucht kein Prophet zu sein, um das darzustellen. Ich will es versuchen.

Ihr formales Argument, das dieses Gesetz nicht zustimmungspflichtig sei, spielt natürlich überhaupt keine Rolle. Sie wissen als zumindest vor Ihrer Abwanderung in die Kulturpolitik auf diesem Gebiet gut bewandeter Kollege in diesem Hause, daß es eine Initiative der SPD-regierten Länder morgen im Bundesrat geben wird, dieses Gesetz nicht passieren zu lassen bzw. Änderungen, die im Interesse der Mieter unbedingt notwendig sind, anzubringen.

Lieber Herr Kollege Dr. Matschl, Sie behaupten hier, wir würden mit unserer Initiative — ich möchte zunächst auf Ihre Äußerungen eingehen — nicht beabsichtigen, das Los der Mieter zu verbessern, sondern wir würden andere, in Ihren Augen recht dunkle Ziele verfolgen. Nun, Herr Kollege Dr. Matschl, Ihnen — wie auch Ihren Kollegen von der CSU in diesem Hohen Hause — ist nicht entgangen, daß es immerhin nach groben Schätzungen in den 26 Großstädten der Bundesrepublik Deutschland 150 000 Wohnungen zu wenig gibt. Und Ihnen als Münchner Abgeordneter wird die unwidersprochene Feststellung des Vertreters der Münchner Mieter nicht entgangen sein, daß in München die Höhe der Mietpreise ausgereizt ist. Hier geht nichts mehr, Herr Kollege Dr. Matschl. Das wissen Sie besser.

Sie behaupten, wir wollen die Mieter verunsichern. Nein, das wollen wir nicht. Wir fühlen uns aber verpflichtet, in diesem Hohen Hause und überall, wo wir die Gelegenheit dazu haben, darauf hinzuweisen, daß mit diesen Mietrechtsänderungen, die Sie jetzt in Szene setzen wollen, ein weiterer ganz erheblicher Abbau sozialer Schutzrechte einhergeht. Wir setzen die Mieter nicht in Sorge. Wir informieren sie. Aber selbst, wenn wir sie in Sorge setzen würden, dann wäre das immer noch besser, als wenn wir — wie Sie es offenbar beabsichtigen — die Mieter auf die Straße setzen würden.

(Beifall bei der SPD)

Der heutige Mietrechtsschutz kann sich sehen lassen. Darauf sind wir stolz. Das ist kein Zufallsprodukt. Das haben wir so gewollt. Und wir werden dies auch weiterhin so wollen.

Der Beschluß der alten Koalition — auch das ist Ihnen nicht entgangen — ist bei uns nicht auf einhellige Zustimmung gestoßen. Wir haben als Sozialdemokraten sehr wohl unsere kritischen Anmerkungen gemacht. Wir meinten aber, daß man den jahrelangen Klagen insbesondere der Haus- und Grundbesitzer — daß die Mietrechtsvorschriften zu kompliziert und die Erhöhungsverlangen praktisch nicht durchsetzbar, zu formalisiert seien — einmal Rechnung tragen und z. B. für den Neubeitand die sog. Staf-fel m i e t e einführen könnte. Wir haben das nicht begrüßt. Wir hielten das für keine besonders begrüßenswerte Sache. Aber wir wären bereit gewesen, das hinzunehmen.

Aber das, was Sie jetzt planen, geht natürlich weit über das hinaus, was damals geplant war, und greift insbesondere tief in die sozialen Schutzrechte der Mieter ein. Sie sagen, wir müßten Mietgesetze für das ganze Land machen. Herr Kollege Dr. Matschl, das ist richtig. Nur, Sie wissen, daß die Mietgesetze bisher in der Regel im ländlichen Bereich kein Hindernis waren, Mietraum zu angemessenen Bedingungen zu vermieten. Das Problem stellt sich in der Tat in den Ballungszentren. Und gerade hier haben wir unsere Aufgabe sehr wohl erkannt, nicht nur für die etwas zu tun, die Wohnungen inne haben, sondern auch für die Gesetze zu machen, die eine Wohnung suchen. Herr Kollege Dr. Matschl, ich will die Anträge, die wir in dieser Richtung gestellt haben,

(Müller Karl Heinz [SPD])

nicht aufzählen. Ich möchte Ihnen nur einen aus der jüngsten Zeit nennen. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, nachdem wir gehört haben, daß Sie am Familiengründungs-Darlehen herumbasteln, das Geld, das dafür zur Verfügung steht, jungen Familien zu geben, die eine preisgünstige Wohnung in Ballungszentren suchen, um sie in die Lage zu versetzen, eine familiengerechte Wohnung zu bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben dem nicht zugestimmt.

Das Gesetz, das morgen im Bundesrat behandelt wird, trägt den Titel: Gesetz zur Erhöhung des Mietangebotes. Meine Damen und Herren, dieser Titel schon ist ein Etikettenschwindel; denn im Grunde genommen müßte dieses Gesetz heißen: Gesetz zur Auslösung der größten Mietpreiswelle nach dem Zweiten Weltkrieg.

(Beifall bei der SPD)

Genau das kommt auf uns zu! Es sind Mieterhöhungen bis zu 30 Prozent von Gesetzes wegen in drei Jahren vorprogrammiert! Der Bundesbauminister hat zwar gesagt, er werde sich bemühen, daß diese 30 Prozent nicht über die Bühne gehen. Nur, er kann es gar nicht verhindern; denn nach dem Gesetz sind diese Mieterhöhungen möglich.

Es wird eben Staffelmietverträge auch für den Altbestand geben und nicht nur für den Neubestand. Wir hatten gesagt: Gut, man kann das für den Neubestand einmal probieren, Erfahrungen sammeln und sich dann nach einer gewissen Zeit darüber unterhalten. Nein, das hat man in den Wind geschlagen. Man will sofort diese Staffelmiete einführen. Wozu das führt, werde ich Ihnen nachher noch kurz darstellen.

Was für die Münchner Verhältnisse, meine Damen und Herren, ganz besonders schlimm ist, ist die Verkürzung des Kündigungsschutzes bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auf drei Jahre. Das wird unweigerlich dazu führen, daß Mieter aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben werden, in der sie jahrelang zu Hause waren, wo sie ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben. Sie lösen damit eine ungeheure soziale Problematik aus, die uns noch viel zu schaffen machen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es heute nicht gesagt, aber die Intention der Union bei diesen Mietrechtsänderungen ist die, daß angeblich Neubauimpulse davon ausgehen sollen. Wir haben große Zweifel, ob die jetzt vorprogrammierten Mieterhöhungen tatsächlich Neubauimpulse auslösen werden. Sie wissen, daß bereits jetzt durchschnittliche Mieterhöhungen von 4 bis 5 Prozent pro Jahr üblich waren. Von diesen Mietpreissteigerungen sind aber keine Neubauimpulse ausgegangen.

Wozu die Mieterhöhungen wirklich führen werden: Die Zahl der bezahlbaren Wohnungen wird ganz deutlich absinken. Sie wissen auch, warum der Neubau praktisch zum Erliegen gekommen ist: Es sind — entgegen Ihrer Behauptung — keineswegs die Mietgesetze daran schuld, sondern in erster Linie die hohen Neubaukosten für Wohnungen und die Tatsache, daß sich eine ganze Reihe von Investoren aus dem Mietwohnungsbau deshalb zurückgezogen hat, weil er aufgrund der hohen Kosten nicht mehr rentabel gestaltet werden kann. Sie kennen doch alle die Äußerungen etwa der Lebensversicherer. Wenn heute Herstellungskosten von 18 bis 25 DM pro qm anfallen, dann können eben Neubauwohnungen nicht mehr zu rentablen Konditionen vermittelt werden.

Die hohen Kosten gehen aber wiederum zurück auf die hohen Zinsen, meine Damen und Herren; sie gehen zurück

auf die hohen Grundstückspreise. In München schlagen die Grundstückspreise bereits zu einem Viertel auf die Herstellungskosten durch! Das sind doch die Tatsachen, vor denen man die Augen nicht verschließen kann.

Meine Damen und Herren! Diese neuen Mietgesetze werden im Grunde nichts anderes bringen als eine Umverteilung der Mieterlöse in Milliardenhöhe von den Mieter- in die Vermietertaschen. Diese Vermieter werden sich die ihnen günstigsten Anlagemöglichkeiten für die neuen Erlöse suchen. Ihr Wirtschaftsminister hat gestern hier gesagt, daß es pervers sei, daß man heute Geld anlegt, um Zinsen zu bekommen, statt dieses Geld zu investieren. Sie eröffnen mit diesen Mietrechtsänderungen wieder einen neuen Weg für diese Perversion, wenn ich dieses Wort aufgreifen darf.

(Beifall bei der SPD)

Vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages fand zum Thema Mietrechtsänderungen eine Anhörung statt. Zu dieser Anhörung waren die maßgeblichen Verbände und Organisationen geladen, vom Städteverband über den Mieterbund, den Deutschen Städte- und Gemeindebund bis hin zum Zentralverband der deutschen Haus- und Grundeigentümer und vor allen Dingen auch die Wohnungsbauunternehmen. Meine Damen und Herren, die Mietrechtsänderungspläne der neuen Bundesregierung sind dort auf einhellige Ablehnung gestoßen. Ich will die dort gebrachten guten Argumente hier nicht mehr wiederholen; das würde Ihre Meinung sowieso nicht ändern. Es sollte Ihnen aber zu denken geben, daß man unwiderlegt gesagt hat: Die Gefahr der Staffelmietverträge für den Altbestand besteht darin, daß man Mieter in Wohnungen hineinlockt, dann die Staffelmietverträge abschließt und auf diese Art und Weise den Anstieg der Mieten auf Jahre hinaus überproportional vorprogrammiert. Man hat gesagt, die Staffelmieten sind im Grunde genommen ein Sündenfall gegen die freie Marktwirtschaft, denn sie haben mit einer Marktmiete nichts zu tun. Sie sind eine Inflationsmiete, meine Damen und Herren! Es werden dadurch Preissteigerungen festgeschrieben, was in anderen Bereichen durch sogenannte Preisgleitklauseln sogar verboten ist. Man hat insbesondere im Bereich der Kommunen deutlich vor Augen geführt, vor welchen unlösbaren Problemen die deutschen Städte und Gemeinden angesichts dieser Gesetze stehen.

Es ist hier schon gesagt worden, daß mit diesen Änderungen auch einiges andere einhergeht: Von der Kürzung des Wohngeldes bis hin zu den sonstigen Kürzungen der sozialen Leistungen. Meine Damen und Herren! Diese Gesetzgebung — wenn sie in dieser Form über die Bühne geht — bewirkt tatsächlich den Abbau gesicherter sozialer Rechte. Deshalb bitten wir Sie nachdrücklich unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Als letzter hat das Wort der Herr Kollege Schön.

(Zurufe von der SPD:
Lauter Fachleute vom Wohnungsbau!)

Schön Karl (CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Gut Wohnen ist ein hohes soziales Gut — das habe ich hier schon einmal gesagt — es ist aber auch ein hohes wirtschaftliches Gut. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie wollen das immer nicht wahr haben. Sie erzählen den Mietern und den Bürgern ständig: Wohnen, ja das muß billig sein, und der Mieter muß geschützt werden. Mein Freund Gustav Mutschl hat es Ihnen gerade gesagt: Sie san immer nur für de, die drinna san im Omnibus, und de, wo an der Haltestelle wart'n, de lass'n Sie sauber in der Kält'n drauß' steh'.

(Schön Karl [CSU])

Wir reden seit Jahr und Tag davon, daß der Wohnungsbau, der in Ihrer dreizehnjährigen Regierungszeit niedergelassen ist, flottgemacht werden muß; und er muß einfach mit marktwirtschaftlichen Mitteln flottgemacht werden. Diese neue Mietgesetzgebung, die mir in manchen Dingen auch nicht gefällt, soll dazu helfen. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich, was mir daran nicht gefällt; aber erfunden haben das ja Sie, wie Herr Matschl schon gesagt hat. Die Staffelmiete, die jetzt auch auf Altbauten ausgedehnt wird — Sie wollten sie nur für Neubauten haben — paßt mir nicht, weil ich sie für programmierte Inflation halte. Ich habe da ein schlechtes Gefühl.

Ich habe mich kürzlich mit Verischerungsvertretern darüber unterhalten. Sie sagen, es herrscht doch Marktfreiheit und Vertragsfreiheit. Meine Damen und Herren, am flachen Land mag das zwar gelten, aber in München herrschen andere Verhältnisse. So greift halt dann einer zu und unterschreibt. Sie von der SPD tun aber bei den Leuten draußen ständig so — und der Herr Kollege Müller hat es gerade wieder getan —, als ob der gesamte Altbaubestand einbezogen würde. Meine Damen und Herren, es geht ausschließlich um die Neuvermietung. Da kann man eben nicht jemanden hineinlocken und ihn nach zwei, drei Jahren überreden, einen Staffelmietvertrag zu unterschreiben. Sie stochern da im Nebel herum, meine Damen und Herren, und das muß zurückgewiesen werden.

Die größte Leistung bei diesen Mietrechtsänderungen ist der Zeitmietvertrag, der endlich einmal kommen muß. Nach meinen Beobachtungen stehen in der Stadt München Tausende von Wohnungen leer — ich schätze das Minimum auf 10 000 —, die auch als Theaterwohnungen oder als Shopping-Wohnungen benützt werden. Im Laufe von zwei, drei Jahren könnte ein Kind dort während des Studiums untergebracht werden. Meine Damen und Herren, ich verspreche mir von diesem Zeitmietvertrag innerhalb eines halben Jahres eine echte Entlastung in München und Umgebung. Davon halte ich sehr, sehr viel.

(Abg. Karl Heinz Müller:
Das möchte ich einmal sehen!)

Dann darf ich noch daran erinnern, daß die Modernisierung für den Mieter erträglich sein muß. Darüber haben wir in den vergangenen Jahren hier verschiedene Anträge behandelt und haben jetzt die Änderung des Artikels 541a BGB durchgesetzt. Ich hoffe, daß diese neue Bestimmung auch vernünftig zum Tragen kommt.

Insgesamt sehen wir uns nicht in der Lage, meine Damen und Herren, Ihrem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen, wengleich wir das Risiko mit den Staffelmieten eingehen. Wir müssen aber vorwärts denken und nicht immer rückschrittlich handeln, wie Sie san.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege Warnecke!

Warnecke (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Satz darlegen, wie hier die Staffelmiete für die Altbauten bagatellisiert wird. Wir haben hier ein ganz perfides System des ineinandergreifens von zwei Modellen. Einmal wird die Vergleichsmiete nach Ihrem Willen aus den Neuabschlüssen der letzten drei Jahre genommen. Sie wissen ganz genau, daß das automatisch eine sofortige Steigerung von mindestens 30 Prozent auf die Altbauwohnungen bedeutet. Das können sich aber viele Leute nicht leisten. Diese Leute werden dann ausziehen, und es werden andere einziehen, junge Familien vielleicht. Am Anfang arbeiten noch beide Ehepartner, und

es wird eine Staffelmiete angesetzt, wo die Eingangsschwelle auf dem Status der höchsterzielbaren Miete angesetzt wird. Dann kommt die sogar vom Kollegen Schön als inflationär bezeichnete Staffelmiete. Nach zwei, drei Jahren kommt in dieser Familie ein Kind, die Frau kann nicht mehr voll arbeiten und die Miete wächst um 5 oder 6 Prozent von Jahr zu Jahr. So kriegen Sie Bewegung in den Wohnungsmarkt und werden für junge Leute immer neue Wohnungen haben, Herr Kollege!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß über diesen Antrag abschließend entschieden werden soll. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Bitte die Gegenstimmen! — Stimmenthaltungen? — Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf den

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Rothmund, Karl Heinz Müller und Fraktion betreffend Fortschreibung des 1. Bayerischen Landesplanes für psychisch Kranke und psychisch Behinderte (Drucksache 10/111)

Der Antrag soll, wie ich höre, ohne Aussprache überwiesen werden.

Ich schlage vor, ihn an den Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik und an den Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzziragen zu überweisen. — Damit besteht Einverständnis; es ist so beschlossen.

Die Fraktion der CSU hat folgende Ausschußbesetzung mitgeteilt: An Stelle des Herrn Abgeordneten Dr. Richter wird im Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen Herr Abgeordneter Friedrich Loscher-Frühwald tätig sein; an Stelle des Abgeordneten Friedrich Loscher-Frühwald wird Herr Abgeordneter Dr. Richter Mitglied des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes. — Gemäß § 27 Absatz 2 der Geschäftsordnung gebe ich dies hiermit bekannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit ist die letzte Vollsitzung des neugewählten Landtags vor Weihnachten und dem Jahreswechsel zu Ende.

Die obligate, ja lassen Sie mich sagen, scharfe Auseinandersetzung, die regelmäßig am letzten oder in den letzten Tagen vor Weihnachten die Atmosphäre des Hauses bestimmt, hat auch die letzten Tage atmosphärisch bestimmt.

Nichtsdestoweniger oder gerade deshalb lassen Sie mich nun einige Worte des Dankes sagen. Ich möchte mich bedanken beim Herrn Ministerpräsidenten und den Mitgliedern des Kabinetts für die Zusammenarbeit mit dem Parlament.

Ich möchte mich bedanken bei den Herren Vizepräsidenten, den Damen und Herren des Präsidiums für die vertrauensvolle kollegiale und angenehme Zusammenarbeit.

Mein Dank gilt den Herren Fraktionsvorsitzenden, den Mitgliedern des Ältestenrates, den Vorsitzenden der Ausschüsse und ihrer Stellvertreter, den Berichterstattern und Mitberichterstattern.

In dieser Stunde denke ich in besonderer Verbundenheit an jene Kolleginnen und Kollegen die wegen Krankheit nicht anwesend sein können. Ich wünsche ihnen in Ihrer aller Namen eine baldige und vollständige Genesung.

(Beifall)

(Präsident Dr. Heubl)

Ich sage Dank den Mitarbeitern des Landtagsamtes und erwähne ausdrücklich den Stenographischen Dienst.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern der Fraktionen.

Namens des Hohen Hauses, aber auch persönlich danke ich den Damen von Presse, Hörfunk und Fernsehen, die für eine große Publizität unserer Arbeit im ganzen Lande sorgen, wie wir es besonders in diesen Tagen wieder feststellen können.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich darf auch danken den Beamten der Polizei und auch ihnen unsere guten Wünsche aussprechen.

(Beifall)

Das Wort hat nun Herr Kollege Wolf.

Wolf (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es entspricht einer langjährigen Tradition, daß am Ende eines Jahres hier ein Vertreter der Opposition das Wort ergreift und Wünsche ausspricht.

Ich darf beginnen bei all denen, die uns Abgeordnete tagtäglich hier im Hause und auch außerhalb begleiten und uns betreuen, den Mitarbeitern des Landtagsamtes, dem Stenographischen Dienst, ebenso aber auch den Journalisten, und wünsche ihnen dabei — ich darf mich voll dem anschließen, was der Herr Präsident vorgetragen hat — erholsame Feiertage.

Uns Abgeordneten wünsche ich mehr Zeit in diesen Tagen für die Familie, mehr Zeit für Besinnung und Selbstbesinnung; ich allen wünsche ich mehr Erfolg in dem Bemühen, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen.

Für das neue Jahr sollten wir uns alle ernsthaft vornehmen, trotz der bekannten und nicht aus der Welt zu schaffenden politischen Gegensätze und trotz des Wahltermins am 6. März im Umgang miteinander eine etwas größere Friedfertigkeit zu praktizieren.

Ich darf allen Mitgliedern des Hohen Hauses eine friedvolle Weihnacht und schöne Feiertage wünschen.

(Beifall)

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege Wolf, ich bedanke mich bei Ihnen für die freundlichen Wünsche und darf nun dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort geben.

Ministerpräsident Dr. Strauß: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine gute Tradition in diesem Hause, daß nach allen auch sehr heftigen Auseinandersetzungen der zurückliegenden Zeit, bis in diese Vormittagsstunden hinein, auch wenn sich der Staub noch nicht ganz über den Schlachtfeldern der Auseinandersetzung gelegt hat, daß der Bayerische Ministerpräsident ein weihnachtliches Grußwort spricht.

So darf ich im Namen der Bayerischen Staatsregierung und in meinem eigenen Namen allen Mitgliedern dieses Hohen Hauses, allen Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates Bayern ein friedvolles, gnadenreiches, frohes Weihnachtsfest und viel Glück für das kommende Jahr wünschen.

Wir stehen wenige Tage vor dem ersten Weihnachtsfest der 10. Wahlperiode und wenige Tage vor der Schwelle zu einem neuen Jahr. Ob uns das Jahr 1983 so viel Erfolg und Glück bringen wird, wie wir uns dies aus gutem Grunde wünschen, wissen wir heute noch nicht. Schwieriger als in früheren Jahren lasten schwere Sorgen auf uns; die Frage: Wird die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr den so dringend

nötigen Auftrieb bekommen; wird es ein Ende haben mit dem uns allen bedrückenden Anstieg der Arbeitslosigkeit; wird es ein Ende haben mit der Welle von Firmenzusammenbrüchen; wird uns der innere und äußere Friede erhalten bleiben?

Die politische Szene dieser Wochen und Monate zeigt nicht viel Ähnlichkeit mit der Friedlichkeit auf Weihnachtsbildern und Weihnachtspostkarten. Hinter uns liegt aber eine neue politische Weichenstellung in Bonn und eine Landtagswahl in Bayern. In meiner Regierungserklärung am 18. November 1982 habe ich die Aufgaben genannt, die wir in dieser Wahlperiode, und zwar wir alle hier in diesem Hause, zu erfüllen haben.

Am 6. März des neuen Jahres werden die Bürger der Bundesrepublik Deutschland zur Wahl des 10. Deutschen Bundestages aufgerufen. Vom Ausgang dieser Wahl hängt es wesentlich ab, ob es gelingt, unseren freiheitlichen Rechtsstaat aus der geistig-moralischen, wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Krise herauszuführen. Der Weg aus dieser Krise,

(Abg. Dr. Gantzer:

Jessas, das ist ja das letzte!)

die Aufgaben sind klar vorgezeichnet, nämlich: Sanierung der Wirtschaft, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und Stabilisierung eines finanzierbaren Systems der sozialen Sicherheit. Wir alle wissen, daß die auf uns zukommenden Aufgaben groß sind, aber wir sind überzeugt, sie sind nicht unlösbar.

Das Jahr 1983 wird uns auch viele Gelegenheiten geben, uns den Höhen und Tiefen der deutschen Geschichte bewußt zu werden. Ich erinnere an den 500. Geburtstag Martin Luthers, ich erinnere an den 100. Todestag von Karl Marx oder an den fünfzigjährigen Gedenktag der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar. Am 17. Juni gedenken wir auch der 30. Wiederkehr des Tages, an dem sich im anderen Teil Deutschlands Frauen und Männer gegen Unrecht und Gewalt, für ein Leben in Freiheit und Menschenwürde erhoben und dabei Gesundheit und Freiheit und zum Teil auch das Leben verloren haben.

Wir müssen im kommenden Jahre unsere ganze Kraft drauf richten, daß unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat regierbar bleibt. Es ist die Pflicht aller verfassungstreuen Demokraten, jener Kräften entschieden entgegenzutreten, die diese parlamentarische Demokratie als eine wesentliche Voraussetzung unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung, als ihren unentbehrlichen Bestandteil, aus den Angeln heben wollen, weil sie eine andere Republik und eine andere Gesellschaft wollen.

Auch im vergangenen Jahre haben Sie alle, meine Damen und Herren, unermüdlich und mit Erfolg Politik für Bayern und damit auch für die Bundesrepublik Deutschland betrieben. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung, besonders dann, wenn schweres Wetter aufzog. Ich danke für alles Lob, das meine Freunde ausgesprochen haben, ich danke für den konstruktiven Teil der Kritik, die vonseiten der Opposition geübt worden ist. Meine Wünsche und mein Dank richten sich an das Präsidium, an alle Mitglieder dieses Hohen Hauses, an den gesamten Mitarbeiterstab des Landtages, an die Angehörigen der Medien im weitesten Sinne des Wortes, des Rundfunks, des Fernsehens, der Presse. Ich danke ihnen für ihre Arbeit, die sie im abgelaufenen Jahr mit bestem Willen und im Interesse und zum Wohle Bayerns geleistet haben.

Ich wünsche Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein friedliches, gnadenreiches Weihnachtsfest und ein in jeder Hinsicht gutes neues Jahr.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Herr Ministerpräsident, ich bedanke mich für die guten Wünsche.

Ich hoffe, daß Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, das Erlebnis der Heiligen Nacht in einer besonderen Weise zuteil wird, daß Sie eine erholsame Zeit verbringen, daß Sie mit neuer Kraft in einem neuen Jahr erneut an die Arbeit gehen.

Ich schließe hiermit die Sitzung.

(Beifall)

(Schluß der Sitzung: 12 Uhr 32 Minuten)